kommunistische hochschulzeitung

JUNI 74 HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN(MLS) 3.Jg. /Nr.6

Vorwärts im Kampf gegen die Pädagogikum - Studienordnung!

Die Bewegung gegen die Pädagogikum-STO hat breite Teile der Studenten erfaßt. Der unverschämte Angriff des Ministeriums auf unser Recht der Kritik und freien Auseinandersetzung mit der Ausbildung und unserem künftigen Beruf hat viele Studenten empört. Auf der Hörerversammlung am 10. Mai konnte diese Empörung zum ersten Mal zusammengefaßt und organisiert werden. Einige hundert Studenten haben in einer Resolution praktisch ohne Gegenstimmen die Pädagogikum-STO abgelehnt und sich für die Demonstration am 20. ausgesprochen. Das war ein großer Schritt vorwärts im Kampf. Jetzt geht es darum, allen Machenschaften der ÖSU zum Trotz, den eingeschlagenen Weg unbeirrt weiterzuschreiten. Die Hörerversammlung der Phil.Fak. muß zu unserem Kampfinstrument werden. Wir müssen alle Kräfte darauf konzentrieren, noch mehr Kollegen zu mobilisieren und sie von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen. Organisieren wir eine machtvolle Demonstration zum Ministerium. Nur so können wir das Ministerium zur Anerkennung unserer Rechte zwingen!

Wofür kämpfen wir?

Mit der neuen Studienordnung will sich der Staat ein Instrument verschaffen, um uns zum kuschen zu bringen. Die STO soll eine umfassende Reglementierung und Kontrolle der Lehrerausbildung durch den Staat ermöglichen. Man kann den Stoff halt nicht mehr sehr gut kritisieren, wenn man in einem 3-wöchigen Praktikum mit 25 - 30 Wochenstunden für das Schulpraktikum "präpariert" wird. Wer macht schon gern den Mund im Praktikum auf, wenn er weiß, daß die Schulbehörde im Praktikum die ausdrückliche Pflicht (!) hat, einen hinauszuschmeißen, wenn man "den ordnungsgemäßen Lehrbetrieb stört". Wieviel schwerer ist es doch aufzumucken, wenn einen die Schulbehörden, die künftigen Dienstgeber, schon während der Ausbildung zensurieren, hinausprüfen und bespitzeln können. Wer traut sich noch mit seiner Kritik nicht hinterm Berg zu halten, wenn das Praktikum die Beurteilung der Berufseignung bedeutet. Noch dazu wenn man willkürlich überall hin verschickt werden kann, um das Praktikum abzulegen, ohne Einspruchsrecht und ohne finanzielle Entschädigung.

Die neue Studienordnung ist ein ganz organisierter, wohlüberlegter, planmäßiger Angriff auf die Rechte der Studenten. Nicht zu Unrecht rechnet das Ministerium damit, daß immer mehr Studenten merken, daß etwas faul ist, an ihrer Ausbildung. Und nicht zufällig haben einige Schulaufsichtsbe-

Fortsetzung S.2

HERAUS ZUR DEMONSTRATION AM 20. JUNI!

AUS DEM INHALT

Keine Stimme den bürgerlichen Kandidaten!

ERKLÄRUNG ZUR BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Am 23.Juni soll die österreichische Bevölkerung über den nächsten Bundespräsidenten entscheiden. Mit Kirchschläger hat die SPÖ zum ersten Mal einen Kandidaten aufgestellt,der nicht Mitglied dieser Partei ist. Ihren letzten Präsidentschaftskandidaten, Jonas, hatte sie noch als "Mann aus dem Volk" präsentiert und er konnte die überwältigende Mehrheit der Arbeiterstimmen auf sich vereinen. Heute stellt die SPÖ ihren Kandidaten als "sozialen und objektiven Staatsmann" vor.So hofft sie bei den Wahlen einen Einbruch ins bürgerliche Lager, vor allem in die Mittelschichten, zu erzielen.Die ÖVP versucht diesen Schachzug dadurch auszugleichen,daß sie dem "Staatsmann" Kirchschläger den "Volksmann" Lugger entgegenstellt.Sie spekuliert auf Arbeiterstimmen.Keine Heuchelei und keine Demagogie ist diesen Parteien zu schmutzig, wenn es darum geht Stimmen zu ergattern und den Gegenkandidaten auszustechen. Die Arbeiterklasse hat aber kein Interesse, dieses Spiel mitzumachen. Kirch-

Fortsetzung S.10

amten, die es schließlich wissen müssen, das Ministerium gewarnt: *"In etwa einem Jahr.. muß mit einer größeren Gruppe .. gerechnet werden, die .. erhebliche Unruhe in den Schulbereich bringen wird, sofern nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden."*
Die Bourgeoisie formiert die Lehrerausbildung, um den Zustand der Ruhe auf den Schulen aufrechtzuerhalten. Sie kann sich auf keinen Fall leisten, daß die Lehrer aufhören, gehorsame Büttel bei der Disziplinierung und ideologischen Versklavung des Volkes zu sein. Und sie kann ihre reaktionären Erziehungsmethoden nicht durch Überzeugung durchsetzen. Sie muß zur administrativen Unterdrückung der freien Diskussion übergehen und die LA-Studenten durch Einschüchterung zwingen sich die Erziehungsmethoden der Bourgeoisie anzueignen.

Diesen Angriff müssen wir zurückschlagen! Wir müssen unsere Rechte verteidigen, indem wir sie wahrnehmen! Indem wir uns nicht das Maul verbieten lassen, sondern die bestehnde reaktionäre Ausbildung kritisieren und entlarven. Deshalb kritisieren wir ja auch in den Lehrveranstaltungen die bürgerliche Wissenschaft und kämpfen um Bedingungen, die ihre Entlarvung erleichtern. Mit dieser neuen Studienordnung würden sich diese Bedingungen ganz radikal verschlechtern und deshalb müssen wir einen entschiedenen Kampf dagegen führen.

Das Ministerium möchten den STO-Entwurf ohne Schwierigkeiten durchkriegen und die ÖSU hilft ihm nach Kräften dabei. Sie schlägt Alternativkonzepte vor, die die Hauptsache, die Entrechtung der Studenten, völlig unangetastet lassen. Diese Alternativkonzepte sollen dann als Beweis dafür herhalten, daß die ÖSU ohnehin konsequent für die Rechte der Studenten eintritt. Und daß deshalb der Kampf gar nicht nötig wäre. Vor zwei Wochen hat Prantz sogar dezidiert erklärt, er sei jetzt gegen Kampfschritte, weil dadurch das Ministerium vergrämt würde und bei den Verhandlungen weniger herausschaue. In gewissem Sinn hat er durchaus recht: Wenn wir zu Kampfschritten übergehen und entschieden für unsere Rechte gegenüber dem Ministerium und dem Staat eintreten, dann wird der Spielraum für die Manöver der bürgerlichen Studentengruppen tatsächlich immer enger. Kampfschritte sind tatsächlich ein großer Nachteil - aber nicht für die Studenten, sondern für den Staat und die bürgerlichen Studentengruppen.

Deshalb schreibt ÖSU-Prantz auch in einem Flugblatt der Fachschaft offensichtlich an die Adresse des Ministeriums gerichtet: *"Die offensichtliche Gleichgültigkeit, mit der das Ministerium unseren Vorschlägen und Anregungen begegnet, hat zu einer empfindlichen Verschärfung des politischen Klimas geführt.. Das Verhalten des Ministeriums führt unweigerlich zu einer Radikalisierung an den Hochschulen."*

Bei ihren Manövern geht die ÖSU mit einer doppelzüngigen Taktik vor: Im Zentralausschuß der ÖH war sie durch den Druck der Studenten gezwungen, einer Resolution zuzustimmen, in der eindeutig die Ablehnung der STO fixiert ist, weil diese die "Rechte der Studenten... insbesondere die Möglichkeit, sich mit den Inhalten ihrer Ausbildung und ihrem künftigen Beruf kritisch auseinanderzusetzen" völlig ausschaltet. Außerdem werden die Studenten aufgefordert zwischen dem 10. und 20. Juni Aktionen zu setzen und am 20. einen Kampftag zu organisieren.

Im Hauptausschuß und in der Fachschaft schert sich die ÖSU einen Dreck um diesen Beschluß und beschließt eine Verhandlungsplattform mit dem Ministerium über diesen Entwurf, statt ihn "zu Fall zu bringen", zu suchen (ZA-Resolution). Sie setzt die Hörerversammlung möglichst spät an, um damit auch der Vorbereitung einer Demonstration jedes erdenkliche Hindernis in den Weg zu legen.

Die Hörerversammlung vom 10. war ein großer Schritt vorwärts

Weil die ÖSU alles tut, um den selbständigen Kampf der Studenten um ihre Rechte zu verhindern, war die Hörerversammlung vom 10. so wichtig. Es ist darum gegangen, daß die Studenten sich rechtzeitig über die Ziele des Kampfes klar werden, daß möglichst früh mit der Vereinheitlichung auf der Basis "Weg mit der Studienordnung" begonnen wird, daß die Machenschaften der ÖSU jeden selbständigen Kampf zu verhindern, durchkreuzt werden. Das ist auf dieser Hörerversammlung im wesentlichen gelungen und deshalb war sie ein Schritt vorwärts im Kampf.

Es war ein wichtiger Erfolg, und hat viel zur Schaffung von politischer Klarheit über die Ziele des Kampfes beigetragen, daß es den reformistischen Gruppen "K"SV und VSSTÖ nicht wie in den Bundesländern gelang, ihre falsche Linie durchzusetzen. Auch "K"SV uns VSSTÖ waren für die Ablehnung der STO, aber sie versuchten den Studenten ihren Unsinn von einer "demokratischen Ausbildung und Berufsvorbereitung" die vom Ministerium institutionalisiert werden soll, unterzujubeln. Damit erlitten sie aber Schiffbruch. Denn es gelang herauszuarbeiten, daß diese Linie des Vertrauens in das Ministerium und den bürgerlichen Staat nach der staatliche Obrigkeit für eine "kritische und demokratische Ausbildung" sorgen soll, die Mobilisierung der Studenten zum Kampf gegen die STO nur behindert und Illusionen verbreitet. Ihre Resolution legten sie zur Abstimmung gar nicht mehr vor. Unsere Rechte können nur gewährleistet werden, indem wir sie uns nehmen - gegen die reaktionäre Schul- und Hochschulbürokratie.

Die überwiegende Mehrheit der Studenten nahm fast ohne Gegenstimmen eine Resolution an, in der die Studienordnung entschieden abgelehnt wird, weil sie "einen schweren Angriff auf die Rechte und Interessen der Studenten" darstellt. Es wird festgestellt, daß der Entwurf des Ministeriums darauf abzielt, "die umfassende Reglementierung und Kontrolle der Lehrerausbildung durch den Staat zu ermöglichen". Dann werden konkret die einzelnen Maßnahmen des Staates in dieser STO herausgearbeitet und als Kampfziel bestimmt, "das Ministerium und den Staat zur Achtung der angesprochenen Rechte und Interessen der Studenten zu zwingen".

Dieser Teil ist besonders wichtig und in dieser Hinsicht hat es auch bei uns Unklarheiten gegeben, da nicht klar herausgearbeitet worden war, unter welchen konkreten Forderungen der Kampf gegen die STO zu führen ist. So wurde teilweise argumentiert, daß es falsch wäre eine Forderung wie "Keine Beurteilung durch Praktikumsleiter und Schulbehörden" aufzustellen. Dies liefe bereits auf die Bejahung des Praktikums und damit auf die Aufstellung von Reformkonzepten hinaus. In Wirklichkeit geht es bei dieser Forderung darum, die Einmischung der Schulbürokratie - des zukünftigen Dienstgebers - in die Ausbildung zu verhindern und dadurch der Unterdrückung der Kritikmöglichkeit entgegenzutreten.

Nur wenn wir genau sagen, was wir an der STO ablehnen, sind wir in der Lage, den Reformkonzepten von "K"SV und VSSTÖ und allen Packeleien, die die ÖSU uns jetzt als Erfolg verkaufen möchte, entgegenzutreten.

Kämpfen wir um unsere Rechte

Am 11. Juni fand eine Enquete zur pädagogischen Ausbildung der LA-Kandidaten statt. Dort zeigte sich auf Neue, daß dem Ministerium die Rechte der Studenten völlig egal sind. Otruba vom Wissenschaftsministerium sagte klipp und klar, daß er die Ablehnung dieser Studienordnung als eine Zumutung empfinde, daß Leute, die dieser Meinung sind (die Studenten) lieber schweigen sollten (!) und daß überhaupt nichts anderes in Frage käme, als konstuktive Mitarbeit an diesem Entwurf.

Und wieder einmal segelte die ÖSU voll im Fahrwasser des Ministeriums. Daß die STO aus Gründen der praktischen Durchführbarkeit und weil sie noch verbesert werden muß, im Herbst noch nicht in Kraft treten kann, das stellt die ÖSU als Erfolg hin, der "durch die einheitliche Vorgangsweise der Studenten in der Ablehnung des Entwurfs" erzielt worden sei (ÖH-Info)! Dabei hat Prantz bei der Enquete "die einmütige Ablehnung der Studenten" mit keinem Wort erwähnt. Das einzige, wovon er gesprochen hat, war die Verbesserung der "Theorie-Praxis-Bezüge" in der Studienordnung und die Verlängerung der Begutachtungsfrist.

Doch die Ergebnisse der Enquete bedeuten keineswegs, daß unser Kampf beendet ist oder daß es jetzt darum geht, am neuen Entwurf des Ministeriums mitzuarbeiten. Sie zeigen vielmehr: WIR MÜSSEN JETZT ERST RECHT FÜR DIE WAHRUNG UNSERER RECHTE EINTRETEN! Durch die Umarbeitung des Entwurfs kann natürlich keine Rede davon sein, daß vom Ziel der Studienordnung, der reaktionären Formierung der Lehrerausbildung, der Entrechtung der Studenten, in irgeneiner Weise abgegangen wird. Freiwillig wird der Staat nichts hergeben, das hat gerade auch die Enquete sehr deutlich bewiesen. Unsere einzige Stärke liegt in unserer Einheit und in unserer Entschlossenheit, diesen reaktionären Entwurf zu Fall zu bringen. Diese

Stärke müssen wir voll in die Waagschale werfen, wenn unser Kampf Aussicht auf Erfolg haben soll. Deshalb müssen wir in einer breiten Demonstration unseren Protest auf die Straße tragen und öffentlich für unsere Rechte eintreten.

MIT DEN INHALTEN DER AUSBILDUNG!

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF!

FÜR FREIHEIT DER KRITIK UND AUSEINANDERSETZUNG

HERAUS ZUR DEMONSTRATION AM DONNERSTAG 20. 6. !

W.W.

RESOLUTION ZUM KAMPF GEGEN DIE PÄDAGOGIKUM-STUDIENORDNUNG

Angenommen auf der Hörerversammlung vom 10. 6. 1974

Die auf der Hörerversammlung versammelten Studenten der philosophischen Fakultät der Universität Wien protestierten aufs Schärftste gegen den "Entwurf für die pädagogische Ausbildung in den Studienrichtungen für das Lehramt an Höheren Schulen" und lehnen ihn zur Gänze ab. Der Entwurf stellt einen schweren Angriff auf die Rechte und Interessen der Studenten dar. Er ist dazu angetan, die Möglichkeiten der Studenten, sich mit den Inhalten der Ausbildung und ihrem künftigen Beruf selbständig und kritisch auseinanderzusetzen, weitgehend zu beseitigen. Der Entwurf zielt darauf ab, die umfassende Reglementierung und Kontrolle der Lehrerausbildung durch den Staat zu ermöglichen. Er bedeutet die Verschärfung der Selektion unter den Studenten durch Erhöhung des Leistungsdrucks, bürokratischer Willkür und politischer Unterdrückung.

Wir wenden uns insbesondere:

- *gegen die drastische Vermehrung der Pflichtstunden in der allgemein pädagogischen und fachdidaktischen Ausbildung sowie in den Lehramtsstudienordnungen der einzelnen Fächer, die eine ungeheure Erhöhung des Leistungsdrucks darstellt.*

- *gegen die Reglementierung und Verschulung des Studienablaufs, durch die die selbständige Gestaltung des Studiums und die kritische Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten verhindert wird; vor allem gegen das 3-wöchige Blockseminar zur allgemeinpädagogischen und fachdidaktischen Ausbildung, das der schulmäßigen Dressur der Studenten für das Schulpraktikum dient.*

- *gegen die Ermächtigung der Schulbehörden zu willkürlicher Selektion im Schulpraktikum, die ein Mittel der Einschüchterung und der politischen Disziplinierung der Studenten ist.*

- *gegen die Beurteilung der Berufseignung durch das Schulpraktikum; v.a. gegen die Beurteilung des Erfolgs im Schulpraktikum durch AHS-Lehrer und Schulbehörden, die eine Überprüfung und Auslese der Lehrerstudenten durch ihren künftigen Dienstgeber schon während des Studiums ist.*

- *gegen die organisierte Zusammenarbeit der Hochschullehrer mit den Schulbehörden (durch Besprechungen und Austausch schriftlicher Beurteilungen) zum Zwecke der Auslese und Überprüfung der Studenten.*

- *gegen die Festsetzung des Praktikumsorts außerhalb des Studienorts ohne Einspruchsrecht und ohne finanzielle Entschädigung.*

Um das Ministerium und den Staat zur Achtung der angesprochenen Rechte und Interessen der Studenten zu zwingen, müssen wir den entschiedensten Kampf gegen den Entwurf für die pädagogische Ausbildung führen. Nur der gemeinsame und einheitliche Kampf der Studenten gegen die reaktionäre Formierung der Lehrerausbildung unter der Forderung"WEG MIT DER STUDIENORDNUNG FÜR DAS PÄDAGOGIKUM" kann diesen Angriff vereiteln. Das nächste und beste Mittel, um die entschiedene Ablehnung der StO durch die Studenten breit einheitlich und öffentlich zum Ausdruck zu bringen, ist die Durchführung einer Demonstration zum Wissenschaftsministerium am 2o. Juni.

Gemeinsame Erklärung der ZA-Fraktionen zum Kampf gegen die Studienordnung

Fast alle im ZA der ÖH vertretenen Fraktionen (nicht der RFS) haben sich auf eine gemeinsame Erklärung zum Kampf gegen die Lehramtstudienordnung geeinigt. Ursprünglich wollten ÖSU und Reformisten dieses Fraktionsübereinkommen dazu benutzen, um ihren reaktionären Alternativentwürfen bzw. der reformistischen Plänemacherei das Mäntelchen des einheitlichen Willens aller österreichischen Studenten umzuhängen. Entgegen dieser Absicht gibt die Plattform eine andere im wesentlichen richtige Stoßrichtung für den Kampf an: *"Der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft fordert alle Studierenden, insbesondere alle Lehramtsstudenten auf, zwischen dem 10. und 20. Juni Aktionen zu setzen und empfiehlt insbesondere den betroffenen Hochschulen, am 20. Juni einen Kampftag zu organisieren, um den drohenden Entwurf zur Reform der pädagogisch-fachdidaktischen Ausbildung der Lehrer an Allgemein Bildenden Höheren Schulen zu Fall zu bringen."* Damit ist auch die tatsächliche bestehende Einheit zwischen allen kämpfenden Studenten angegeben. Sie wollen diesen reaktionären Angriff zurückschlagen! Als nächsten Punkt gibt die Plattform an, warum dieser STO-Entwurf zu Fall gebracht werden muß. *"Der von Sinowatz und Firnberg erstellte Entwurf ist dazu angetan, die demokratischen Rechte der Studierenden zu beschneiden und insbesondere die Möglichkeit, sich mit den Inhalten ihrer Ausbildung und ihrem zukünftigen Beruf kritisch auseinanderzusetzen, völlig auszuschalten."* Genau gegen die Einschränkung dieser Rechte - der Freiheit der Kritik und der freien politischen Betätigung der Ausbildung - haben die Studenten den Kampf aufgenommen, und werden ihn gegen jeglichen Versuch, sie weiter einzuschränken auch weiterführen.

Zugleich war es nötig, gewisse Kompromisse einzugehen, um insbesondere die Zustimmung der Reformisten zu dieser Plattform zu erreichen. Hierbei haben wir außerordentlich weitgehende Kompromisse gemacht. Nicht nur, daß einige wichtige Fragen überhaupt aus der Plattform herausfallen (so der ungeheure Leistungsdruck, sondern auch darin, daß diejenigen konkreten Punkte, die in der Plattform enthalten sind, zum Teil verwaschen unpräzise sind. Richtig heißt es darin: "Entzug des disziplinären Weisungsrechts der Schulbehörden, Wegfall jeglicher Beurteilung...", dafür weiter unten: "Schaffung von Möglichkeiten kollektiver Schulpraktika und Bedingungen, um die systematische Kritik an den Lehrinhalten sowie die kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und politischen Rolle des Lehrers zu ermöglichen." Im Zusammenhang der ganzen Plattform kann diese Stelle nur als Forderung nach bestimmten Rechten und Freiheiten bedeuten und zwar genau denjenigen, die oben als durch die STO als gänzlich ausgeschaltet bezeichnet wurden. Diese Rechte fordern wir selbstverständlich für die gesamte Ausbildung und sie können nur gewährleistet werden, indem wir sie uns nehmen, gegen das Ministerium und die Schul- und Hochschulbürokratie. Die Reformisten vom VSSTÖ und "K"SV sind dagegen der Meinung, daß gerade das Ministerium dafür sorgen soll, daß es in der Ausbildung kritisch und demokratisch zugeht. Aber um "realistisch" zu sein, fordern sie das von vornherein nur für einige wenige Lehrveranstaltungen. Freilich läßt es die Formulierung in der Plattform den Revisionisten offen, sie im Sinne ihrer Forderung nach Institutionalisierung der Kritik und von "Marxistischen" Lehrveranstaltungen durch die Obrigkeit zu interpretieren.

Die Bedeutung der Plattform liegt darin, daß viele Studenten, die noch ungebrochenes Vertrauen in die ÖSU/ÖH-Bosse haben, durch die verbale Zustimmung dieser Gruppen zum Kampf gegen die STO in die Bewegung hineingezogen werden können. Dadurch kann die breiteste Einheit der Studenten im Kampf um ihre Rechte hergestellt werden. Gleichzeitig können wir den Studenten in dieser Auseinandersetzung die wirklichen Ursachen der reaktionären Zustände im Schulwesen aufzeigen und sie für die weitergehenden Ziele der Kommunisten gewinnen.
Natürlich hat die ÖSU aufgrund dieser Plattform ihre Abwiegelung und Sabotage keineswegs eingestellt. Doch so können die Studenten die Worte der ÖSU an ihren Taten messen und von der bürgerlichen Führung gelöst werden.

G.F.

DAS SIND DIE TATSACHEN:

Plattform der ZA-Fraktionen

Der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft fordert alle Studierenden, insbesondere alle Lehramtsstudenten auf, zwischen dem 10. und 20. Juni Aktionen zu setzen und empfiehlt insbesondere den betroffenen Hochschulen, am 20. Juni einen Kampftag zu organisieren, um den drohenden Entwurf zur Reform der pädagogisch-fachdidaktischen Ausbildung der Lehrer an Allgemein Bildenden Höheren Schulen zu Fall zu bringen.

Der (ohne jede Berücksichtigung von Forderungen aller betroffenen Gruppen) von Sinowatz und Firnberg erstellte Entwurf ist dazu angetan, die demokratischen Rechte der Studierenden zu beschneiden, insbesondere die Möglichkeit, sich mit den Inhalten ihrer Ausbildung und ihrem künftigen Beruf kritisch auseinanderzusetzen, völlig auszuschalten. Kern dieses Entwurfes ist das sogenannte pädagogische Praktikum, der die Lehramtskandidaten der ideologischen und disziplinären Willkür der vielfach äußerst reaktionären Schulbürokratie aussetzt. Der Zentralausschuß verweist auf seine auf der ao. Zentralausschuß-Sitzung am 14. März 1974 gefaßten Beschlüssen wie auf die in Salzburg und Graz durchgeführten Streik- und Protestaktionen gegen diesen Entwurf hin und fordert die Studenten insbesondere auf, für folgende Punkte massiv einzutreten.

1) sofortige Rücknahme des Studienordnungsentwurfes zur pädagogisch-fachdidaktischen Ausbildung für Lehrer an AHS

2) Novellierung des § 10 des Philosophengesetzes, das sich auf Zeit und Dauer des Schulpraktikums bezieht auf Basis der Forderung der einzelnen Studienrichtungen

3) Zurücknahme der bereits bestehenden und Aussetzung der noch ausstehenden Lehramtsfachstudienordnungen bis zur Berücksichtigung der unter Pkt. 4 angeführten Minimalforderungen

4) Jede weitere Studienordnung zur pädagogisch-fachdidaktischen Ausbildung hat folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:
   a) Entzug des disziplinären Weisungsrechtes der Schul- und Unterrichtsbehörden, Wegfall jeglicher Beurteilung und Beschränkung auf Ausstellung von Teilnahmebestätigungen
   b) freie Wahl von Schule und Schulort und Einspruchsrecht der Studierenden bei Zuteilung des Betreuers
   c) Materielle Absicherung des Schulpraktikums
   d) Schaffung von Möglichkeiten kollektiver Schulpraktika und Bedingungen, um die systematische Kritik an den Lehrinhalten sowie die kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und politischen Rolle des Lehrers zu ermöglichen.

ÖSTEREICHISCHE STUDENTEN UNION
VERBAND SOZIALISTISCHER STUDENTEN
MARXISTISCH-LENINISTISCHER STUDENTENVERBAND
FRAKTION THEOLOGIE
GRUPPE REVOLUTIONÄRE MARXISTEN
KOMMUNISTISCHER STUDENTENVERBAND

Die Manöver der ÖSU zur Verhinderung des Kampfs

- 22. Mai: Sitzung der Studienrichtungsvertreter. Fachschaftsvorsitzender Prantz fordert die Studienrichtungsvertreter auf, an der Erarbeitung eines Alternativentwurfes mitzuarbeiten und ihren Einfluß unter den Studenten für konstuktive Mitarbeit geltendzumachen. Er will damit die zunehmende Empörung über den Entwurf abfangen. Mit 31 : 7 stimmen die Studienrichtungsvertreter Prantz nieder. Sie fordern statt dessen: Weg mit der STO und die Einberufung einer Hörerversammlung am 6. Juni.

- 28. Mai: In einer Aussendung denunzierte Prantz die Studienrichtungsvertreter und versucht mit übelster Demagogie, die Mehrheit hinter sich zu scharen. So fordert er mit folgendem Argument auf, seinem Vorgehen zuzustimmen: "daß Du (der angeschriebene Studienrichtungsvertreter; Red.) Dich sonst ... aktiv (Streikposten) an sofortigen Kampfmaßnahmen beteiligen wirst" müssen.

- Bis heute hat Prantz die Beschlüsse der STRV-Sitzung den Studenten verheimlicht.

- 6. Juni: die im ZA der ÖH vertretenen Fraktionen schließen ein Übereinkommen für den Kampf gegen die STO.

- 7. Juni: Sitzung der Fachschaft. Prantz möchte eine völlig verunstaltete ÖH-ZA-Resolution zur Abstimmung bringen. Erst nachdem man ihn mit dem Finger auf die zentralen Stellen der Resolution hinweist, ist er überhaupt bereit sie zur Gänze vorzulegen. In der Resolution ist ausdrücklich von sofortigen Kampfschritten und einem Kampftag am 20. die Rede. Doch Prantz entstellt die Resolution, indem er ihr vorausschickt, daß Kampfaktionen nur dann nötig seien, wenn das Ministerium nichts von sich aus tut.

- 10. Juni: Prantz weigert sich für 10. die Hörerversammlung einzuberufen und beschimpft die Studienrichtungsvertreter und alle fortschrittlichen Studenten als Spalter und Chaoten.

- 11. Juni: Enquete des Ministeriums. Die anwesenden ÖH-Vertreter beharren keineswegs konsequent auf der Ablehnung der Studienordnung. Vielmehr kriechen sie allesamt vor dem Ministerium zu Kreuz und fordern Retuschen am Entwurf und die Einberufung irgendwelcher Komitees zur Erarbeitung einer neuen STO. Prantz selbst vertritt die ZA-Resolution überhaupt nicht, sondern bietet sich dem Ministerium als Mitarbeiter an einer neuerlichen STO an, da die alte aus technischen Gründen aufgeschoben werden muß.

- 11. Juni: Im Hauptausschuß der ÖH auf der UNI-Wien weigert sich die ÖSU der Veröffentlichung der ZA-Resolution zuzustimmen, obwohl der Nachweis erbracht wird, daß ihr Inhalt in einem Flugblatt der Fakultätsvertretung Philosophie grob entstellt und abgeschwächt wurde.

- Mit dem 11. Juni geht die ÖSU von der Abwiegelung und Sabotage der Bewegung gegen die STO zur offenen Unterdrückung jeglicher Bewegung gegen die STO über.

- 12. Juni: ÖSU-Prantz gibt ein Flugblatt heraus, indem er die Enquete als Erfolg der Studenten ausgibt und jeglichen Kampf für überflüssig und schädlich erklärt.

IMPRESSUM: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger und für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider, 1080 Wien, Mölkergasse 3



Einmütig lehnten die Studenten der Hörerversammlung vom 10.6. den geplanten STO-Entwurf ab. Das war ein wichtiger Schritt für die weitere Mobilisierung der Studenten und eine Absage an die Abwiegler von der ÖSU.

Prantz auf der Enquete über die STO:



kein Wort über die völlige Ablehnung dieses Entwurfs, kein Wort von der ZA-Resolution, die auch die ÖSU unterschreiben mußte - dafür aber die Kapitulation vor dem Ministerium und zahme Herumkritisiererei an einzelnen unwichtigen Punkten.

DIE DEMOKRATISCHEN FORDERUNGEN DER ARBEITERKLASSE ZUM VOLKSBILDUNGSWESEN

Im derzeitigen Kampf gegen die reaktionäre Formierung der Lehrerausbildung sind Fragen aufgetaucht, die über das unmittelbare Kampfziel - Vereitelung des Angriffs des bürgerlichen Staats auf bestimmte Rechte und Interessen der Studenten - weit hinausgehen. Klarerweise bedeutet die Abwehr eines Angriffs zunächst einmal nichts als die Verteidigung des Status quo. An den bereits bestehenden Mißständen ändert sich dadurch noch nichts. Die Studenten verteidigen nur ihr Recht, die bestehenden Mißstände kritisieren, entlarven und bekämpfen zu können. Aber weder der Kampf gegen einzelne reaktionäre Maßnahmen noch der Kampf gegen einzelne Mißstände, kann die Ursachen für die reaktionären Maßnahmen und die Mißstände beseitigen. Solange die Ursachen fortbestehen, kann vielleicht die eine oder andere reaktionäre Maßnahme verhindert, der eine oder andere Mißstand beseitigt werden, aber die reaktionären Maßnahmen werden nach einiger Zeit in veränderter Form wiederkehren und anstelle der beseitigten alten, werden immer wieder neue Mißstände auferstehen. Die Ursachen für die Zustände in Lehrerausbildung und Schulwesen, mit denen die Studenten unzufrieden sind, sind nicht auf der Hochschule zu suchen; sie sind auch nicht von der Hochschule her beseitigbar. Ursache der Mißstände ist nicht die Rechtlosigkeit der Studenten und Lehrer sondern letzten Endes das gesellschaftliche System, in dem sie Studenten und Lehrer sind, der Kapitalismus. Das ist bei den fortschrittlichen Studenten so ziemlich allgemein anerkannt. Nur läßt sich der Kapitalismus nicht von heute auf morgen einfach abschaffen, und man muß schon schauen, wie man an seine Abschaffung herankommt.

Warum demokratischer Kampf?

Die Grundlage des gesamten kapitalistischen Systems ist bekanntlich die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse. Die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse wird durch den bürgerlichen Staat als politisches Werkzeug zur Niederhaltung der Arbeiterklasse gesichert. Armee, Polizei, Justiz und Gefängnisse, Schulen und Hochschulen sind ebensoviele Abteilungen eines Unterdrückungsapparates, der mit der Zeit nach allen Seiten hin ausufert und nicht nur die Arbeiterklasse und die ihr nahestehenden Schichten, sondern auch alle anderen Klassen und Schichten des Volkes unterdrückt. Ein solcher Apparat wäre natürlich widersinnig, wenn seine Tätigkeit im Interesse der ganzen Gesellschaft läge. Es handelt sich aber um eine Maschinerie, die ihrer ganzen Organisation nach im Interesse einer kleinen Minderheit gegen die Bedürfnisse und Interessen der großen Mehrheit des Volks funktioniert. Für die Zwecke der Arbeiterklasse, für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, ist diese Maschinerie unbrauchbar. Die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie ist die Vorbedingung für die Überwindung des Kapitalismus.

Der imperialistische Staat, der mit dem Gewicht seiner ungeheuren Bürokratie auf allen Sphären der Gesellschaft lastet, beschränkt, verletzt und vernichtet die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes fortwährend und sucht die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den engsten polizeilich-bürokratischen

Grenzen zu halten. Dagegen hat die Arbeiterklasse das größte Interesse, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen und die Masse der werktätigen Bevölkerung zu gewinnen, die vom bürgerlichen Staatsapparat ebenfalls unterdrückt wird. Je geringer die polizeilich-bürokratische Einschränkung des Klassenkampfs, je mehr Rechte sich die Arbeiterklasse und das Volk erobern, desto offener muß hervortreten, daß nicht die Rechtlosigkeit sondern die Kapitalherrschaft die Ursache der gesellschaftlichen Mißstände ist. Je offener und freier die Klassenauseinandersetzung und -unterdrückung, desto geringer die Chance der Bourgeoisie, sich gegen das Proletariat an der Macht zu halten. Das ist der gesellschaftliche Inhalt des Kampfs um ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus und Imperialismus. Der demokratische Kampf ist aber kein automatisch wirksames Rezept. Vielmehr müssen die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat erst jene Fähigkeiten herausbilden, derer sie bedürfen, um die politische Macht zu erobern, die sozialistische Räterepublik zu errichten und die staatliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck stellen die Kommunisten demokratische Forderungen auf, wobei sie den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen so führen, daß er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staats und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Diesem Zweck sind auch die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse für das Ausbildungswesen untergeordnet. Es geht darum, in einem bestimmten Bereich des öffentlichen Lebens die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft zur Geltung zu bringen, um in diesem Bereich freien Raum für die Entfaltung des gesellschaftlichen Klassenkampfs zu schaffen.

Die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse zum Volksbildungswesen

Die Forderungen lauten (nach dem Programm des KB Westdeutschland; ebenso mit kleinen Variationen im Programm der Bolschewiki von 1917):

- Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmittel auf Staatskosten.
- Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Unterbindung aller administrativer Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen.

Gegen die erste Forderung werden wohl nur hartnäckige Apologeten der Bourgeoisie Stellung nehmen wollen. Bei der gegenwärtigen Spaltung der Ausbildung der Kinder in zwei große Gruppen, von denen die eine in den höheren Schulen umfassendere Kenntnisse vermittelt bekommt, während die andere, weitaus größere Gruppe mit nichts als den allerelemetarsten Kenntnissen die Schulen verlassen muß, handelt es sich um eine Ungerechtigkeit, die dem demokratischen Grundsatz der gleichen Ausbildung für jedermann offen widerspricht. Der Sinn dieser Spaltung der Volksmasse besteht darin, daß ein kleinerer Teil geringfügige Privilegien bekommt, um gegen den anderen, größeren Teil Funktionen des Kapitals und des bürgerlichen Staats ausüben zu können. Zudem ist die Ausbildung an den Volks- und Hauptschulen dazu angetan, die breite Volksmasse in totaler geistiger Abhängigkeit von der Bourgeoisie und ihren gelehrten Agenten und Funktionären zu halten. Wichtig ist die Bestimmung, bis zu welchem Lebensjahr die allgemeine, gleiche, obligatorische Bildung gehen muß. Die Bolschewiki forderten hier die Ausbildung bis zum 16. Lebensjahr, weil im damaligen Rußland auch die Gymnasialbildung in der Regel nur bis zum 16. Lebensjahr ging. Die KPÖ dagegen fordert in ihrem neuen Programm die Einheitsschule nur bis zum 15. Lebensjahr; sie läßt daher die gesonderte privilegierte Ausbildung an den allgemeinbildenden höheren Schulen und die Spaltung des Volks in Teile von verschiedenem Bildungsgrad unangestastet.

Die zweite oben angeführte Forderung wendet sich gegen die Schule als Teil des staatlichen Unterdrückungsapparates der Bourgeoisie und verlangt die Kontrolle des Volks über die Schulen. Es genügt, durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen, die Qualifizierung des Lehrpersonals und die Unterrichtszweige zu bestimmen. Alles andere muß der Regelung durch die betroffene Bevölkerung selbst überlassen werden. Die Regierung und ihre weisungsgebundenen Organe müssen von jedem Einfluß auf die Schulen ausgeschlossen werden. Die Forderung verlangt nur die Unterbindung der administrativen Eingriffe der Zentralgewalt, d.h. die Unterbindung von politischen und sonstigen Eingriffen in administrativer Form. Politischer Einfluß, der sich nicht administrativer Formen bedient, kann mithilfe einer solchen Forderung nicht ausgeschlossen werden, sondern muß politisch bekämpft werden. (Sonst könnte man ebensogut den politischen Einfluß der Bourgeoisie auf die Volksmassen einfach verbieten wollen.)

Was nun ist der Zusammenhang zwischen den beiden Forderungen ?

Die Forderung nach der Einheitsschule ist als Forderung nach einer allgemeinen Schulbildung zu verstehen, die jedermann befähigt, sich die Minimalkenntnisse zu erwerben, die nützlich und notwendig sind, um sich in die Staatsangelegenheiten einzumischen und politische Rechte zu erkämpfen und wahrzunehmen. Damit dies möglich ist, muß die Bürokratie des imperialistischen Staats die Kontrolle über die Schulen verlieren. Der Kampf um die Einheitsschule muß daher mit dem Kampf für die Übernahme des Volksbildungswesens durch die demokratischen Organe der örtlichen Selbstverwaltung verbunden werden. Daher ist auch die Forderung nach Wahl der Lehrer durch das Volk von großer Bedeutung. Allein auf dieser Linie kann außerdem der Kampf gegen die Verfolgung fortschrittlicher Lehrer als Volkskampf und nicht als Kampf um Sonderrechte für Lehrer geführt werden. Unter demokratischen Organen der örtlichen Selbstverwaltung sind nicht die bestehenden Gemeinderäte zu verstehen, sondern Vertretungskörper nach der Art der Sowjets. Wenn die Arbeiterklasse und die Volksmassen den Kampf um die Schule aufnehmen, dann muß dieser Kampf von vornherein in Richtung auf den Aufbau solcher demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung geführt werden. Eine Organisierung der Volksbildung, die den sozialen Interessen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volks ent-

spricht, wird aber erst nach Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und der Errichtung der Rätemacht möglich.

Die «Einwände» der Trotzkisten und Revisionisten

Hauptangriffspunkt ist die zweite Forderung. Die GRM beschwert sich natürlich über das Wort "Bevölkerung", moniert, daß das Wort "Arbeiterklasse" kein einziges Mal vorkommt, versteht nicht, warum nur von der Unterbindung aller administrativen und nicht von der aller politischen Eingriffe der Zentralgewalt die Rede ist, und glaubt, daß die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse für das Volksbildungswesen aus jedem beliebigen Juso-Programm abgeschrieben sein könnten (Rotfront Nr. 13a). Sie sind aus dem von Lenin im Sommer 1917 überarbeiteten Programm der Bolschewiki abgeschrieben.

Aber es ist durchaus möglich, daß einzelne demokratische Forderungen der Arbeiterklasse auch in einem Juso-Programm aufgestellt wurden. In der Tat unterscheiden sich die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse von den demokratischen Forderungen etwa des Kleinbürgertums nicht durch das häufigere Vorkommen des Wortes Arbeiterklasse sondern durch die innere Konsequenz und den Zusammenhang, der sie auf einen Staat nach dem Muster der Pariser Kommune ausrichtet. So heißt es im Programm der Bolschewiki von 1917:

"Die Partei des Proletariats kann sich nicht auf die bürgerlich-parlamentarische demokratische Republik beschränken, die überall in der Welt die monarchistischen Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen- die Polizei, das stehende Heer, das privilegierte Beamtentum - aufrechterhält und zu verewigen sucht. Die Partei kämpft für eine Republik, die demokratischer ist, für eine proletarisch-bäuerliche Republik, in der die Polizei und das stehende Heer vollkommen beseitigt sind und ersetzt werden durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Miliz;"alle beamteten Personen sind nicht nur wählbar, sondern auch jederzeit auf Verlangen der Mehrheit ihrer Wähler absetzbar; die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt; die parlamentarischen Körperschaften werden nach und nach durch Sowjets der Vertreter des Volks (der verschiedenen Klassen und Berufe oder der verschiedenen Orte) ersetzt, die gleichzeitig gesetzgebend sind und ihre Gesetze vollziehen."

Beschrieben wird hier ein revolutionär-demokraticher Staat nach dem Muster der Pariser Kommune. Und einem solchen Staat kommt man durch hundertfache Zusammensetzung des Wortes "Arbeiter" mit dem Wort "Demokratie" nicht um einen Flohsprung näher.

Der innere Zusammenhang, der zwischen den demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse besteht, kann nun nicht so ausgelegt werden, daß man heute nicht um jede einzelne Forderung kämpfen muß. Vielmehr geht es darum jeden einzelnen Kampf entlang dieser Forderungen auf die uneingeschränkte und ungeteilte Volksherrschaft auszurichten. Der KSV wiederum nennt die Forderung nach Wahl der Lehrer durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen, im Editorial der letzten Nummer„ seiner„Roten Perspektive einfach anarchistisch. Er selbst plädiert für eine demokratische Lehrerausbildung und eine demokratische Berufspraxis, für eine demokratische Volkserziehung durch den Staat. Wozu der imperialistische Staat natürlich erst gezwungen werden muß.

Das Volksbildungswesen ist derzeit ein Teil des staatlichen Unterdrückungsapparates der imperialistischen Bourgeoisie. Die Schulbürokratie weiß das besser als der KSV. Deswegen verfolgt sie jede selbständige Regung an den Schulen, versucht den Schulbetrieb bis ins kleinste Detail nach Vorschrift zu regeln, unterwirft Schüler und Lehrer der kleinlichsten Bespitzelung und Kontrolle durch Vorgesetzte und Organe der Schulaufsicht. Die bedrückende, unfreie und dumpfe Atmosphäre, die in den Schulen herrscht ist die Atmosphäre der Volkserziehung durch den bürgerlichen Staat. Wenn die Kommunisten heute demokratische Forderungen zum Ausbildungswesen aufstellen, verlangen sie keineswegs eine bessere oder demokratischere Volkserziehung durch den Staat, sondern sie wenden sich gegen den bürgerlichen Staat als Volkserzieher. Nachdem dieser Staat jahrzehntelang jeden reaktionären Einfluß auf die Schulen gesichert hat und nach wie vor sichert, stellen die Kommunisten an ihn nicht die Forderung, daß er - in derselben Weise, wie er bisher reaktionäre Lehrinhalte verordnet hat - nun auf einmal fortschrittliche Inhalte verordne. Der imperialistische Staat darf nicht nur nicht Volkserzieher sein, sondern bedarf selbst einer äußerst rauhen Erziehung durch das Volk.

Eine demokratische Volkserziehung, die nicht durch das Volk selbst sondern durch die staatliche Zentralgewalt organisiert und kontrolliert wird, ist an und für sich schon ein Unding. Sie von einer Staatsgewalt zu verlangen, deren angestammte Aufgabe die Unterdrückung der Volksmasse ist, ist noch dazu eine Illusion. Eine fortschrittliche Schulpraxis kann nicht dadurch gewährleistet werden, daß der imperialistische Staat sie organisiert, sondern nur dadurch, daß sich Lehrer und Bevölkerung im Kampf um Rechte gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen. Wollen sich aber die Lehrer gegen die Eingriffe des bürgerlichen Staats mit den Volksmassen verbinden, so können sie nicht selbstherrliche Sonderrechte für sich als Lehrer v erlangen, sondern müssen bereit sein, ihre Tätigkeit der Beurteilung und Überprüfung durch die Volksmassen zu unterwerfen. Entweder reaktionär-bürokratische Kontrolle und Organisierung des Volksbildungswesens durch den imperialistischen Staat oder revolutionär-demokratische Kontrolle und Organisierung der Schulen durch das Volk. Alles andere ist eine Illusion und dient nur Schwindlern, ehrliche Leute irrezuführen.

Demokratischer Kampf und Kampf um akademische Rechte

Der gegenwärtige Kampf gegen die reaktionäre Formierung der Lehrerausbildung ist ein Kampf der Studenten um Rechte, die sie in ihrer Eigenschaft als Hochschulangehörige genießen, von deren Genuß alle anderen Gesellschaftsmitglieder, die nicht einer Hochschule angehören, ausgeschlossen sind. Es handelt sich nicht um allgemeine, gleiche demokratische Rechte für jedermann sondern um besondere, akademische Rechte. Die Kommunisten unterstützen den Kampf um akademische Rechte nicht, weil sie Sonderrechte für Studenten an und für sich für etwas fortschrittliches halten, sondern nur, weil und insofern sich die Studenten dabei gegen den bürgerlichen Staat wenden, und um freien Raum für die Entfaltung des ideologischen Klassenkampfs zwischen Bourgeoisie und Proletariat an den Hochschulen zu schaffen. Dabei machen sie den Studenten klar, daß eine grundlegende Änderung der Zustände, mit denen diese unzufrieden sind, nicht durch den Kampf um akademische Rechte möglich ist, daß sie sich vielmehr unter Führung der Arbeiterklasse in die Volkskämpfe einreihen müssen, auch deshalb, weil nur der siegreiche Kampf um die uneingeschränkte und ungeteilte Volksherrschaft die Bedingungen schaffen kann, um die Ausbildung in den Dienst des Volkes zu stellen.

L.K.

kommunistische hochschulzeitung

ZEITUNG DER MARXISTISCH - LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION(MLS). Erscheint mindestens 8 mal jährlich. Einzelpreis S 3. Jahresabonnement inklusive Porto S 40. Abonnement - Einzelbestellung durch Einzahlung auf das Konto Nr. 024 - 31211, 1. Österreichische Spar - Casse.

NIXON IN SALZBURG



Über 300 Arbeiter,Angestellte,Schüler und Studenten nahmen den Besuch Nixons in Salzburg zum Anlaß,um gegen die imperialistische "Friedens"politik im Nahen Osten,gegen die Ausplünderung und Unterdrückung der Völker dieses Raums durch die Supermächte und für das Recht des palästinensischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung zu demonstrieren.Die Demonstration faßte eine intensive Agitation und Propaganda des KB Salzburg /Hallein und des MSB zusammen,die darauf abzielte, den spontanen Protest gegen den Nixon-Besuch weiterzutreiben zur bewußten Unterstützung des Kampfes der Palästinenser für ein freies und demokratisches Palästina.In vielen Gesprächen vor den Betrieben,in der Stadt und auf der Uni wurde die Entsendung österreichischer UNO-Truppen nach Palästina als Beispiel für die prozionistische Politik der österreichischen Bundesregierung aufgezeigt.Innerhalb von 4 Tagen wurden mehr als 1200 Sondernummern der "Kommunistischen Arbeiterzeitung" des KB Salzburg/Hallein verkauft,die über den Kampf und die Ziele des palästinensischen Volkes,die Verbrechen des US-Imperialismus und die Einmischungspolitik der beiden Supermächte informierte.Zur Durchführung der Demonstration konnte eine Aktionseinheit zwischen KB,MSB und GRM gebildet werden. Die Sozialdemokraten vom VSSTÖ,die anfänglich in der bürgerlichen Presse offen abwieglerisch aufgetreten waren,sahen sich durch den Druck ihrer eigenen Mitglieder schließlich gezwungen,zur Demonstration aufzurufen.Einmal mehr entlarvten sich die Revisionisten:sie lehnten jede Beteiligung an der Aktionseinheit ab und erklärten,daß heute(im Gegensatz zu 1972) kein Anlaß für eine Demonstration anläßlich des Nixon-Besuches bestünde,da sich die Lage in der Welt in Richtung Frieden und Entspannung entwickelt hätte!Sie machten sich damit zu offenen Fürsprechern des Zusammenspiels zwischen den USA und der SU bei der Niederhaltung und Ausplünderung der Völker in Nahost.(Bericht des KB Salzburg/Hallein)

Das Schulpraktikum an der Pädagogischen Akademie

Wir drucken hier einen Bericht der Zelle Pädagogische Akademie über das dortige Schulpraktikum ab, um anschaulich zu zeigen, wie die Wirklichkeit der "praxisnahen Ausbildung" ausschaut. Der bürgerliche Staat hat sich mit dem Schulpraktikum für die Pflichtschullehrer schon vor Jahren ein wirksames Mittel geschaffen, um bereits während der Ausbildung prüfen zu können, ob seine zukünftigen Funktionäre bereit sind, sich ihrer Aufgabe der Unterdrückung und Indoktrinierung der Kinder im Sinne der bürgelichen Klasse zu unterwerfen.
Die Hörerversammlung der Studenten der Pädagogischen Akademie hat am 30.5. eine Resolution angenommen, in der es heißt: "Die Studenten der Pädagogischen Akademie wissen aus eigener Erfahrung, daß die pädagogische und fachdidaktische Ausbildung mit dem Schulpraktikum als Prüfstein der Einschüchterung und widerspruchlosen Unterordnung der Studenten unter die gestellten Anforderungen dient. Wir solidarisieren uns daher mit dem Kampf der Lehramtsstudenten gegen die Verschärfung der politischen Kontrolle in der Ausbildung".
Im Rahmen der geplanten Studienordnung für das Lehramt soll ein solches Praktikum eine zentrale Stelle einnehmen und die Schulbehörden sollen das Recht bekommen, direkt in die Ausbildung einzugreifen. Diese Studienordnung muß fallen. Vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß der bürgerliche Staat diese Studienordnung schon im Herbst unbedingt in Kraft setzen will und schon jetzt die Vorbereitungen für seine Durchführung trifft (es werden bereits die Schulen eingeteilt und die Praktikumsprofessoren bestimmt), muß sofort der entschiedenste Kampf aufgenommen werden.
Einer der entscheidenden Punkte, an dem ein neuer Entwurf gemessen werden muß, ist die Frage der Beurteilung im Schulpraktikum. Den Schulbehörden darf nicht ein weiteres Instrument zur Überprüfung und Disziplinierung der Lehrerstudenten in die Hand gegeben werden. Wir müssen uns vielmehr Bedingungen schaffen, um die Disziplinierung der Lehrer bekämpfen zu können.

Red.

Das ganze Studium an der Päd.Ak. ist eng verbunden mit einer schulpraktischen Ausbildung. Von den ersten Wochen an müssen die Studenten regelmäßig in die Schule, wo sie ihr Geschäft der Indoktrinierung und Unterdrückung der Kinder in der Praxis lernen und erproben.

Neben dem allgemeinen Leistungsdruck und dem Anwesenheitszwang in den theoretischen und sozialwissenschaftlichen Fächern, die die Funktion der ideologischen Absicherung der Praxis haben, ist gerade das Schulpraktikum die schärfste Waffe, die sich der bürgerliche Staat zur Kontrolle und Disziplinierung der angehenden Lehrer geschaffen hat.

Im 1.Semester müssen die Lehrerstudenten an einem Tag in der Woche in den an die Päd.Ak. angeschlossenen Übungsschulen hospitieren. Sie müssen sich die Schulstunden der Übungslehrer, die eigens zu diesem Zweck von den Schulbehörden ausgewählt werden, einen besonderen Status haben, in besonderen Kursen dafür ausgebildet werden und besser bezahlt werden als die übrigen Lehrer, ansehen und diese Stunden anschließend besprechen..

Diese Lehrer zeichnen sich dadurch aus, daß sie alle Register der Niederhaltung der Schüler besonders gut beherrschen und imstande sind, in exemplarischer Weise einen Unterricht aufzuziehen, in dem sie die Kinder während jeder Minute in der Hand haben, wo kein Kind wagt aufzumucken oder nicht aufzupassen. Der gesamte Stundenaufbau, jeder einzelne Schritt, jeder einzelne Satz ist genau vorgeplant - die Kinder werden andauernd in Bewegung gehalten, daß sie überhaupt nicht dazu kommen, einen eigenen Gedanken zu fassen. Diese Methode der Unterrichtsoperationalisierung ("Einstimmung; Impuls; Motivation") treten an die Stelle der alten Prügelmethoden.

Modell für den eigenen Unterricht

Dieser Unterricht dient den Lehrerstudenten als Modell, wie sie später ihren eigenen Unterricht aufbauen müssen und um den Widerstand der Studenten gegen diesen Dressurakt zu brechen, gibt es anschließend Lehrbesprechungen, wo die Stunden in die einzelnen Schritte zerlegt werden, die Reaktionen von Lehrern und Schülern besprochen werden.
Hier wird ein Großteil der Zeit mit der Besprechung von "Fällen" verbracht: "Psychopathen, Verhaltensgestörte, Faule, Dumme, solche die glauben, sie können sich da noch etwas trauen", werden zur Legitimation des Lehrerverhaltens, zum abschreckenden Beispiel für die Lehrerstudenten. Sie sollen von vorneherein darauf eingeschworen werden, ihre Unerfahrenheit und Unsicherheit beim Unterrichten mit dem "schlechten Schülermaterial" zu erklären. Sie sollen so lernen, daß der Widerstand der Kinder nur durch ein genau durchgezogenes Programm zu brechen ist.

Der wesentlichste Hebel, daß sich die Studenten diese Methoden der Unterdrückung auch aneignen, ist der Hospitationsbericht. Dieser muß eine möglichst genaue Wiedergabe der beobachteten Stunden mit Tafelbild und allem drum und dran beinhalten, wodurch die Studenten gezwungen werden, den Unterrichtsverlauf genauestens zu beobachten, sich alle Tricks des Übungsschullehrers zu merken und zu Hause fein säuberlich niederzuschreiben. Bedenken über die Richtigkeit des Vorgehens gegenüber den Kindern werden mit Schauergeschichten über die Hinterhältigkeit der Schüler und Schulfeindlichkeit der Eltern abgewürgt; weiters folgt die Drohung, daß die Studenten schon sehen werden, daß man diesem "minderwertigen Schülermaterial" nur mit solchen Methoden beikommen kann.

Ab dem 2.Semester müssen die Studenten die ersten Schulstunden selbst halten. Unter der Kontrolle von Besuchsschullehrern müssen ohne Kenntnisse des Fachs, der Schüler und des Unterrichts in anderen Fächern, vorgegebene Stunden abgehalten werden. Die Besuchsschullehrer sind Lehrer an verschiedenen Schulen der Stadt Wien, die für diese Tätigkeit gesondert bezahlt werden. Sie werden von den Praxisbetreuern ausgewählt, von diesen kontrolliert und in 14-tägigen "Lagebesprechungen" auf ihre Aufgaben hin gedrillt. Von diesen wird eine vorzubereitende Unterrichtseinheit vorgegeben und der Student muß diese Stunde schriftlich vorbereiten, wie er es schon über den Hospitationsbericht gelernt hat - zeitlich und methodisch ganz genau nach Reiz-Reaktionsschema aufgeschlüsselt. Weil diese Stunden völlig aus dem Zusammenhang gerissen sind und man keine Ahnung hat, was die Kinder schon wissen usw., ist der Student darauf angewiesen, daß ihm der Besuchsschullehrer möglichst genau sagt, wie er die Stunde haben will. Die Inhalte sind lediglich insofern von Bedeutung, als sie der Erlernung der Unterrichtsmethoden dienen und die Lehrbesprechungen sollen gewährleisten, daß der Student daraufhin qualifiziert wird, genau die gegebenen Methoden und Unterrichtsmittel zu verwenden. Diese Lehrauftritte laufen ungefähr drei Semester lang und jeder Student muß durchschnittlich eine Stunde pro Woche absolvieren.

Daneben gibt es ein schulpraktisches Seminar, das vom Praxisbetreuer geleitet wird. Dieser Praxisleiter ist die zentrale Figur, die alle Kontrollfunktionen auf sich vereinigt und die Studenten in der Hand hat: Er wählt die Besuchsschullehrer aus und kontrolliert sie, er hat das letzte Wort bei der Beurteilung der Schulpraxis der Studenten, hält die Lehrveranstaltungen aus Didaktik und andere Vorlesungen, über die die Studenten Prüfungen machen müssen und er ist zu guter letzt bei der Lehramtsprüfung wesentlich beteiligt. Er besucht einzelne Stunden der Studenten und diese werden dann in schulpraktischen Seminar besprochen.

→

Beurteilung: wichtigstes Instrument zur Einschüchterung und Disziplinierung

Die Beurteilung des Auftretens im Schulpraktikum ist daran gebunden, ob und inwieweit der Student gewillt ist, bewußt die Methoden der Unterdrückung und Niederhaltung der Kinder zu lernen und anzuwenden. Man lernt, daß die Niederhaltung der Schüler die Grundlage der eigenen Existenz ist und beginnt alle Schwierigkeiten auf die Minderwertigkeit der Kinder abzuwälzen.

Die Kriterien der Benotung im Schulpraktikum sind nichts anderes als Mittel zur Disziplinierung der Studenten. Diese Kriterien sind einerseits: Die Erreichung des Unterrichtsziels in Verbindung mit der Fähigkeit, Disziplin zu halten und die Mitarbeit der Kinder hervorzurufen. Praktisch gilt das Unterrichtsziel als erreicht, wenn es gelingt, die Klasse ruhig zu halten. Das heißt, man muß "Störer" sofort zur Rechenschaft ziehen, sie zur Tafel holen, ihnen Fragen stellen und sie so zur "Mitarbeit" zwingen.

Die Heranzüchtung des Klassenhasses gegenüber den Kindern aus dem Volk ist die notwendige Folge dieser Bindung der eigenen Beurteilung an die Fähigkeit der Disziplinierung der Kinder.

Der Lehrer wird zum Unterdrücker, um die Unterrichtssituation positiv bestehen zu können und die Schuld wird auf die Kinder und deren Eltern abgewälzt.

Daneben gibt es noch Beurteilungskriterien, die völlig beliebig zur Maßregelung der Studenten eingesetzt werden können: "Haltung, Lehrersprache, Lehrerton, Schrift" usw. Da wird einem dann z.B. vorgeworfen, man habe einen "nachlässigen Gang"! Dadurch daß die Studenten sich untereinander beurteilen müssen, werden sie überdies noch gegeneinander ausgespielt und gespalten; daß sie das auch tun, wird dadurch gewährleistet, daß die Beurteilung der Kollegen selbst zum Bestandteil der Prüfungssituation wird.

Das Gefühl, mit dem die Studenten ihre Lehrauftritte absolvieren, kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, daß hinten in der Klasse der Besuchsschullehrer sitzt und jeden Schritt, den man tut, jeden Satz, den man sagt, mit argwöhnischem Auge beobachtet und seine Beurteilung niederschreibt; jeden Augenblick kann außerdem der Praxisbetreuer hereinkommen, um seinen Kontrollgang zu absolvieren. Jedesmal, wenn die Kinder sich rühren und die Aufsichtsperson eingreifen muß, weiß man, daß das nicht ohne Auswirkungen auf die Praxisnote bleibt. Diese wird dadurch zum entscheidenden Druckmittel, daß die Stipendienvergabe daran gebunden ist (ca.60 % der Päd.Ak.-Studenten sind Stipendienbezieher) und daß darüber hinaus bei der Anstellung die Praxisnote von den Schulbehörden"berücksichtigt"wird. Hat eine Stunde nicht geklappt bekommt man vom Lehrer zu hören: Hätten Sie sich an meine Anweisungen gehalten ... So kommt es, daß fortschrittliche Kollegen, die sich durch die Praxisnote 4 (kein Stipendium!) von ihren guten Absichten überzeugen können, schließlich sagen: "Was soll ich machen, ich halte mich ab jetzt genau an das, was der Lehrer sagt."

Die letzte Stufe der Schulpraxis ist ein dreiwöchiges geblocktes Praktikum in den letzten Semestern, wo die Studenten "normal" unterrichten müssen um zu beweisen, daß sie das gesamte Instrumentarium beherrschen um mit den Kindern "fertig zu werden". Die Krönung des ganzen ist dann die sogenannte "didaktische Analyse": Jeder Student muß allein vor seinen Kollegen und dem Praxisbetreuer einen vorgegebenen Stundenabschnitt halten, der dann Punkt für Punkt nach methodischer Präzision und adäquatem Ablauf durchbesprochen, überprüft und benotet wird.

Das Schulpraktikum wird so zum entscheidenden Mittel, um solche Lehrer heranzubilden, wie die Bourgeoisie sie braucht: Staatsbeamte, die über ein ausreichendes Repertoire von Methoden verfügen, um den Kindern des Volkes das beizubringen, was im Sinne der Ausbeuterklasse das höchste Erziehungsziel ist - Disziplin.

Leute, die ergeben die Befehle ihres Brotgebers erfüllen und die Kinder verachten, sie als "Material" ansehen, von dem ein Teil ohnedies "restringiert" ist.

Was früher mit dem Rohrstock erreicht wurde, das bewirken heute viel effektiver die von der Wissenschaft ausgeklügelten Methoden der Unterrichtsoperationalisierung. Die Lehrer lernen dieses Geschäft in Verbindung mit der Praxis, um schon als erfahrene Unterdrücker ihre Laufbahn anzutreten.

KLS-Zelle Päd.Ak./Red.

Fortsetzung von S.1

...ERKLÄRUNG ZUR BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

schläger oder Lugger, das ist keine Alternative für die arbeitenden Menschen.

Der Bundespräsident vereinigt in seinen Händen große Machtfunktionen: er hat den Oberbefehl über das Bundesheer, er kann Notverordnungen erlassen, die Bundesregierung des Amtes entheben, das Parlament auflösen. Das sind alles Rechte, die die bürgerliche Verfassung dem Bundespräsidenten für den Fall einräumt, daß die Bindung der Volksmassen an die bürgerliche Demokratie nicht mehr sichergestellt werden kann und die offene Diktatur über die Massen die einzige Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie ist.

Kirchschläger und Lugger, beide haben erklärt, daß sie von diesen Rechten Gebrauch machen würden, falls dies notwendig sei. Sie erklären sich bereit, die ihnen von der Bourgeoisie zugedachten Aufgaben zu erfüllen.

Diese beiden Männer haben in ihrer ganzen politischen Laufbahn bewiesen, daß sie nicht auf der Seite des Volkes, sondern auf der Seite der Ausbeuter und Unterdrücker stehen. Als die Austrofaschisten die Arbeiterklasse blutig unterdrückten und die Arbeiterbewegung zu zerschlagen suchten, stand Lugger in den Reihen der faschistischen Kampforganisation,der Heimwehr. Kirchschläger trat in die faschistische Massenorganisation, Vaterländische Front ein, um seine Karriere im Staatsdienst nicht zu gefährden.Diesen Mann pries Kreisky am 1.Mai als aufrechten Demokraten; ein Mann wie er, so deutete Kreisky an, hätte im Jahr 1934 als Bundespräsident die Machtübernahme durch die Faschisten verhindern können!

In den Ämtern, die Kirchschläger und Lugger heute bekleiden,dienen sie nach wie vor der Bourgeoisie.Kirchschläger ist heute als Mitglied der Regierung Kreisky nicht nur mitverantwortlich für eine Politik der immer schärferen Ausplünderung der arbeitenden Menschen; er ist auch unmittelbar verantwortlich für die Außenpolitik, die sich gegen die um ihr Recht auf nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völker der Dritten Welt richtet und den österreichischen Kapitalisten einen Weg zur imperialistischen Ausplünderung dieser Völker zu ebnen sucht. Lugger als Bürgermeister von Innsbruck steht für eine Politik der Gemeindeverwaltung dieser Stadt, die nicht zur Verbesserung des Lebens der arbeitenden Bevölkerung, aber alles zur Steigerung der Profite der örtlichen Unternehmer beigetragen hat. Nicht die Versorgung der Bevölkerung mit annehmbaren und erschwinglichen Wohnungen, mit Spitälern, Schulen und Kindergärten, sondern eine zweite Olympiade um Milliarden von Schillingen, die den arbeitenden Menschen aus der Tasche gezogen werden, ist das Hauptanliegen des "Olympiabürgermeisters".

In all ihren Erklärungen haben Kirchschläger und Lugger übereinstimmend festgestellt: nach ihrer Wahl würden sie ihre Aufgaben im Schutz der Verfassung, in der Fortsetzung der Neutralitätspolitik, in der Stärkung des Bundesheeres sehen.

Schutz der Verfassung heißt vor allem: Schutz des verfassungsmäßigen Rechts einer Minderheit von Schmarotzern, die das Eigentum an Fabriken, Maschinen und allen Produktionsmitteln haben, auf die Ausbeutung der arbeitenden Menschen; das heißt Schutz einer Demokratie, die doch nichts ist als die uneingeschränkte Herrschaft dieser Minderheit über die überwältigende Mehrheit.

Fortsetzung der Neutralitätspolitik heißt: Fortsetzung einer Politik, die sich immer dort als "neutral" ausgibt, wo es um die Unterstützung des gerechten Kampfs der Völker der Dritten Welt um Unabhängigkeit und Selbständigkeit geht und die jeden Augenschein von Neutralität verliert, wenn die imperialistischen Mächte Unterstützung fordern. Stärkung des Bundesheeres heißt: Stärkung des staatlichen Unterdrückungsapparates, um die Kampfe des Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung notfalls auch mit Gewalt niederhalten zu können.

Doch weil die Minderheit der bürgerlichen Schmarotzer und Machthaber ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk am besten ausüben kann, wenn sie ihre Schmarotzerinteressen als die Volksinteressen, ihre politischen Organe als die politischen Organe des Volks, ihre Vertreter als Volksvertreter ausgeben kann, verbringen die beiden Kandidaten, die nicht das geringste mit der Arbeiterklasse und dem Volk zu tun haben, einen guten Teil ihrer Zeit damit, den "einfachen Leuten" die Hände zu schütteln und sie anzugrinsen.

Die beiden Kandidaten versprechen heute ihren Parteiaustritt - wie Lugger - oder weisen auf ihre Parteilosigkeit hin - wie Kirchschläger. Sie wollen dadurch die Rolle des Bundespräsidenten als Symbol eines Staates, der über allen Klassen steht, als Symbol einer einheitlichen Nation, als Symbol einer durch gemeinsame Interessen verbundenen Bevölkerung unterstreichen. Doch die gesellschaftliche Wirklichkeit geht grausam mit diesem Trugbild um und zeigt Tag für Tag, daß die Nation, daß die Bevölkerung durch Klassengegensätze zerrissen ist, aufgespalten in die Klasse der Ausbeuter und in die der Ausgebeuteten, in die Herrschenden und die Beherrschten; sie zeigt, daß der Staat für die breiten Volksmassen ein feindlicher Apparat in den Händen der Ausbeuter ist, der Steuerausplünderung, Bürokratismus, Parasitentum, Schikanen und Rechtlosigkeit bedeutet.

Die Arbeiterklasse hat alles Interesse daran, den Repräsentanten der Bourgeoisie eine Abfuhr zu erteilen. Sie hat allen Interesse daran, einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und der Bourgeoisie zu ziehen. Die Arbeiterklasse kann sich nur durchsetzen, wenn sie radikal in allem und jedem mit ihren Ausbeutern bricht, im Denken und Handeln ausschließlich von den eigenen Interessen ausgeht und einig um deren Durchsetzung kämpft. Da sie selbst keinerlei Ausbeuterinteressen verfolgt und als einzige Klasse zum Aufbau einer neuen Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung fähig ist, ist sie die beste Repräsentantin des ganzen von der Bourgeoisie unterdrückten und ausgebeuteten Volkes.

Bei den kommenden Wahlen kandidiert noch kein Vertreter der Arbeiterklasse, um der Bourgeoisie auch auf dieser Ebene entgegenzutreten, dem Bundespräsidentenamt den Schein der Klassenneutralität zu nehmen und die volksfeindlichen Interessen anzuprangern, die hinter der verlogenen "Volksverbundenheit" von Kirchschläger und Lugger verborgen werden sollen. Diese Männer sind Kandidaten der Bourgeoisie, die all das repräsentieren, wogegen sich der Kampf der Arbeiterklasse und des Volks richten muß: die anarchische Profitwirtschaft, die Ausbeutung und Ausplünderung der arbeitenden Menschen, die Herrschaft einer Minderheit von Machthabern und Schmarotzern über die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Zeigen wir unsere Feindseligkeit gegen all das, was diese beiden Männer repräsentieren! Schreiben wir auf die Stimmzettel:

KEINE STIMME DEN BÜRGERLICHEN KANDIDATEN!

Gemeinsame Erklärung von KB Graz, KB Linz, KB Salzburg, KB Wien.

KÄRNTEN: „Haus der Heimat" gesprengt

Am Freitag den 9.Juni explodierte in Miklauzhof/Miklavčevo auf einer Betonplatte im 1. Stock des "Hauses der Heimat" eine Sprengladung, die in die Betonplatte und in die Hauswand ein Loch riß, alle Scheiben in 100 km Entfernung zertrümmerte und durch fliegende Steine Dächer in einem Umkreis von 250 m beschädigte. Besonders erregt fragten sich die Dorfbewohner am nächsten Tag, was passiert wäre, wenn durch eine Spätzündung die Bombe eine Stunde später explodiert wäre, zu einer Zeit, wo etwa 40 Arbeiter vor dem Haus auf den Autobus warten, der sie zur Arbeit bringt.

Die Räume im "Haus der Heimat" dienen dem Kärntner Heimatdienst (KHD) und dem Kärntner Abwehrkämpferbund als Versammlungsplatz.

Bisher ist es nicht klar, wer diesen Anschlag durchgeführt hat. Zwei Möglichkeiten bestehen: entweder waren es slovenische Nationalisten, die, wie der Großteil der slovenischen Bevölkerung, empört sind über die Politik der Bundesregierung gegenüber den Slovenen und über die verstärkte antislovenische Hetze der Kräfte um den KHD; oder es ist eine Provokation der deutschnationalen Kräfte, die immer stärker versuchen, den angeblichen Gegensatz zwischen "Mehrheitsbevölkerung" und Minderheit in einen Gegensatz von heimattreuer und staatsfeindlicher Bevölkerung zu verwandeln.

<u>Eines ist aber ganz sicher:</u> Dieser Anschlag nützt ausschließlich der Stärkung der deutschnationalen Kräfte und gibt auch dem Staat den Vorwand seinen Machtapparat auszubauen. Er dient zur weiteren Einschüchterung der slovenischen Bevölkerung und zur Vertiefung der Vorurteile gegenüber dieser, stellt ein weiteres Hindernis dar für die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse und des Volkes gegenüber seinen Ausbeutern.

Was dafür spricht, daß dies von deutschnationaler Seite durchgeführt worden ist, sind zwei Tatsachen: die aggressive Form der Hetze gegen die Slovenen, die in den letzten Wochen zu verfolgen war,- besonders kam dies zum Ausdruck in der Vorbereitung für die Kundgebung am 9.6., die durch die Parole geprägt war:"Gegen die Diskriminierung der Deutschsprachigen und Windischen in Kärnten"!- sowie, daß die Argumente der Hetzer, besonders unter Teilen der Jugend, immer unglaubwürdiger werden.

Daß die Reaktionäre vom KHD diesen Anschlag entsprechend ausnützen werden, zeigte schon die Fahnenweihe in Eberndorf/Dobrlavas, die zwei Tage nach dem Attentat durchgeführt wurde und zu der über 5000 Menschen gekommen sind. Auf dieser Versammlung wurde noch entschlossener darauf gedrängt, endlich eine reaktionäre Minderheitenfeststellung durchzuführen, von der die sprachlichen Rechte der Slovenen abhängig gemacht werden. Sogar an die Präsidentschaftskandidaten wurde appelliert, binnen einer Woche zur Durchführung einer Minderheitenfeststellung Stellung zu beziehen. Auch die Exekutive unternahm anläßlich der Versammlung unter dem Vorwand der Gefahr von neuen Anschlägen wichtige Schritte, um das Volk an verstärkte Eingriffe der bewaffneten Staatsgewalt zu gewöhnen: auf dem Kirchturm vor dem Versammlungsplatz war die Gendarmerie mit Maschinenpistolen postiert.

Falls dieser Anschlag aber von empörten slovenischen Nationalisten durchgeführt wurde, die sehen, daß die Regierung nie einen Finger rühren wird, um der Verhetzung wirklich entgegenzutreten, so ist diese Tat, die sich subjektiv gegen die deutschnationale Reaktion wendet, objektiv reaktionär, da sie keinen Schritt zur Vereinheitlichung der Arbeiterklasse und des Voldes und zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten für den Kampf gegen jegliche Art der Unterdrückung bedeutet.

Die Volksmassen sind nicht durch Bombenattentate aufzurütteln und für den Kampf gegen seine Feinde zu gewinnen. Dies wird nur gelingen, wenn die Massen im täglichen Klassenkampf erkennen, daß sich die treibenden Kräfte der chauvinistischen Verhetzung in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen auf die Seite der Ausbeuter und gegen die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes stellen.

Nur eine auf den einheitlichen und selbständigen Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes ausgerichtete Politik wird auch die Möglichkeit geben, gegen slovenische nationalistische Strömungen anzukämpfen, die unter der Führung des slovenischen Kleinbürgertums, der Intelligenz und einiger slovenischer Unternehmer und Kaufleute versucht, sich als radikale Alternative anzupreisen. Diese nationalistische Strömung, organisiert im sogenannten "Klub der slovenischen Gemeinderäte", wird bei den Landtagswahlen 1975 auf einer slovenischen Liste kandidieren. Sie spielt sich als Kämpfer um die Gleichberechtigung auf und will auch "wirtschaftliche und soziale Probleme aufgreifen". Hinter diesen wohltönenden Worten verbirgt sich aber nur das Interesse der slovenischen Kleinbourgeoisie, im Konkurrenzkampf gegen die anderen Unternehmer und Geschäftsleute besser herauszusteigen. Die Liste wird auch bei vielen Slovenen Unterstützung finden, nicht weil sie das als richtigen Weg im Kampf gegen den Chauvinis-

mus betrachten, sondern einfach aus Protest und weil sie gegenwärtig keine andere Perspektive sehen.

Für die Einheit des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse kann nicht vorwärtsschreiten in ihrem Kampf und kann den Sieg nicht erringen, wenn sie nicht das ganze Volk, alle unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten um sich sammelt, sich selbst und das Volk von der bürgerlichen Ideologie und den bürgerlichen Vorurteilen befreit und es unter demokratischen Losungen gegen den bürgerlichen Staat organisiert. In Kärnten, wo die bürgerliche Ideologie zu einem grossen Teil in ihrer reaktionärsten Spielart, im Chauvinismus, und in Vorurteilen gegenüber den Slovenen in Erscheinung tritt, muß die Arbeiterklasse, müssen die Kommunisten und alle fortschrittlichen Menschen auch gegen den Chauvinismus auftreten. Aber im Rahmen des allgemeinen Kampfes gegen Unterdrückung, gegen den bürgerlichen Staat und seine Parteien. Sie müssen in diesem Kampf dem Volk die Schädlichkeit und die Funktion des Chauvinismus als Mittel der Bourgeoisie zur Spaltung des Volkes aufzeigen im täglichen Kampf am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Gemeinde. Nur so kann man den Chauvinismus wirksam bekämpfen. Nur, indem man mit allen Kräften auf die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes hinarbeitet. Ferner müssen die Kommunisten in Kärnten, wo ein Teil des Volkes wegen seiner Sprache einer besonderen politischen Unterdrückung und Rechtlosigkeit unterworfen ist, aufzeigen, daß sich diese Rechtlosigkeit nicht in einem selbständigen Kampf beseitigen läßt, sondern nur, indem man diesen Kampf gegen die besondere Rechtlosigkeit dem allgemeinen Kampf um die Demokratie, um die volle und ungeteilte Volksherrschaft unterordnet.

V.W.

Die Weihe der neuen Fahne der Eberndorfer Ortsgruppe des Kärntner Abwehrkämpferbundes wurde zu einem Höhepunkt des deutschnationalen Kampfes gegen die "slovenische Begierde nach Kärnten Boden!"

STK-Soziologie: „Der Begriff der Öffentlichkeit ist ein vielschichtiger"

Anfang April fand die erste gemeinsame Sitzung der Studienkommissionen für die soziologischen, volkswirtschaftlichen, sozial-und wirtschaftsstatistischen Studienrichtungen statt. Vom Gesetz her sind solche Sitzungen nicht öffentlich, die Studenten sind davon ausgeschlossen, damit diese Einrichtung ihrer Funktion nachkommen kann: bei der Reglementierung des Studiums im Dienste des Kapitals mitzuwirken und die Studenten durch ihre Vertreter dafür einzuspannen. Um ganz sicher zu gehen, sind die Studienrichtungsvertreter wie Studienkommissionsmitglieder auch an keinerlei Aufträge von Hörerversammlungen gebunden. Jederzeit abwählbar sind sie natürlich auch nicht.

Bei besagter Sitzung nun ist den Professoren ein kleines Malheur passiert. Die "Öffentlichkeit" war anwesend. Zwar nur in Gestalt einer einzigen Person, aber immerhin.

Die Sitzung war schon längst eröffnet, als einer der Professoren die unerwünschte Person erspähte. Das Entsetzen war groß. Mit Recht. Man stelle sich nur die Situation vor: obwohl bei Anwesenheit nicht anwesenheitsberechtigter Personen eine solche Sitzung gar nicht eröffnet werden dürfte, war sie bereits mitten in Gang! Ein Präzedenzfall! Was tun? Die Konfusion war groß, noch dazu wo der betreffende Student - im Protokoll, aus dem wir jetzt zitieren, "Herr x" genannt- "durch sein Verhalten die Absicht bekundete, an der Sitzung als Beobachter teilzunehmen". Eine Schweinerei! Die Sache mußte schleunigst bereinigt werden.

"Prof.Weber ist der Meinung, daß wegen dieses Faktums die Sitzung gar nicht ordnungsgemäß begonnen habe, während der Vorsitzende die Auffassung vertritt, daß die Sitzung zwar als stattfindend anzusehen sei, ein weiterer ordnungsgemäßer Verlauf jedoch nur nach Bereinigung der Situation gewährleistet sei." Gott sei Dank greift Prof.Rosenmayr in dieses Chaos bereinigend ein, indem er die Szene mit einer wissenschaftlichen Erklärung bereichert: "Prof.Rosenmayr vertritt die Auffassung, daß der Begriff 'Öffentlichkeit' ein vielschichtiger sei; die Öffentlichkeit der Studienkommissions-Sitzungen in dem Sinne, daß Nichtmitglieder im Sitzungsraum anwesend sein könnten, sei nicht gegeben." Aha, wer's noch nicht gewußt hat und es mehr mit dem Vulgären hält, der weiß jetzt, daß Herr x da nichts zu suchen hat. Bei den Professoren ist man aber immer noch ratlos. Der Lump, pardon, die Öffentlichkeit ist noch immer da.

Endlich der rettende Gedanke:"Mag.Polasch schlägt folgenden Weg vor: Herr x möge den Raum verlassen, die Studenten könnten dann einen Antrag auf Zuziehung von Herrn x als Auskunftsperson stellen, über den ordnungsgemäß abgestimmt werden könnte". Bei dieserm tölpelhaften Versuch die Studenten hereinzulegen kam er sich wohl sehr geschickt vor. Der Antrag wäre durch das Veto der Professoren gefallen. Daher folgendes tragisches Ergebnis dieses großartigen Vorstoßes- "Auf diesen Vorschlag sind die Studenten nicht eingegangen".

Man versucht weiter, geeignete Verfahrensmodalitäten austüfteln, aber vergeblich. "Nach längerer Diskussion um Verfahrensfragen stellte der Vorsitzende fest, daß in Anwesenheit von Herrn x keine Abstimmung darüber erfolgen könne, ob dieser als Auskunftsperson zugezogen werden soll."Juristisch gebildet, wie die Herren ja alle sind, war es ihnen inzwischen auch

gekommen, daß es wohl nicht sehr viel Sinn haben könne, über eine anwesende Person abzustimmen, ob sie anwesend sein solle oder nicht, noch dazu, wo sie nicht zu gehen wünscht. Daher die Drohung:"Würde Herr x den Raum nicht verlassen, so würde er (der Vorsitzende, der Verf.) die Sitzung abbrechen."

Der Kerl geht noch immer nicht! Abbruch. "Dies geschieht um 16Uhr 15."

Zur nächsten STK-Sitzung der Soziologie am nächsten Tag kamen 40 Studenten, weil hier der Studienplan behandelt werden sollte. Die Professoren weigerten sich, die Sitzung zu eröffnen.

Damit hat sich ganz klar herausgestellt: daß rein gar nichts mehr funktionieren kann, so wie es funktionieren sollte, ist auf jeden Fall Schuld der 'Öffentlichkeit', die sich ausgerechnet immer dort breit machen will, wo sie rein gar nichts zu suchen hat.

P.M.

Daß dieses Abwürgen einer freien Meinungsbildung von Seiten der Professoren nur noch mehr Kollegen auf unsere Seite zieht, ist manchen Professoren mittlerweile klargeworden, und sie versuchen es nun auch auf die "sanfte Tour", indem sie einzelne von uns durch "väterliche Überredungsarbeit" herausbrechen wollen.

Neulich erst war ich zu so einem Gespräch eingeladen, nachdem der Assistent während der Proseminarsitzung bereits "angeregt" hatte, wir sollten unsere Probleme doch nachher mit ihm besprechen, wohl nur zu dem einen Zweck, die Diskussion aus dem Proseminar hinauszuverlagern.

Im stillen Kämmerlein dann, begann er mir ins Gewissen zu reden, wie edel doch meine Bestrebungen seien, wie hoffnungslos und utopisch aber zugleich; sein guter Rat, ich solle doch mit meinen Absichten warten, bis ich das Studium beendet hätte, um dann von meiner Position als Akademiker aus die Gesellschaft zu verändern, konnte wohl nur noch deutlicher zeigen, was diese Herren wollen:

Ruhe und Ordnung auf der Universität, um ihre volksfeindlichen Inhalte ohne Störung durchsetzen zu können. Der Höhepunkt war dann seine Andeutung auf meine "Karriere", die ich auf diese Weise wohl nie machen würde, bzw. als alles nichts half, seine Drohungen, daß ich, wenn ich so weitermachen würde, wohl mein Leben lang nicht zu einem Abschluß kommen würde.

Ich kann dem Herrn Assistenten für dieses Gespräch wohl nur dankbar sein; es hat doch wieder einmal recht deutlich vor Augen geführt, wie sehr die Professoren das Anwachsen der fortschrittlichen Bewegung fürchten, daß sie zu allen nur erdenklichen und zu den plumpesten Tricks greifen, um diese aufzuhalten und abzuwiegeln.

-U.

DIE STUDENTEN MÜSSEN IHRE VERTRETER KONTROLLIEREN-NICHT DAS MINISTERIUM

Am 23. April wurden die Studienrichtungsvertreter (STRV) der Pädagogik und Soziologie (beider Fakultäten) zu einer "Besprechung" ins Bundesministerium geladen. Anlaß war die Einreichung einer Geschäftsordnung (GO), die STRV Hörerversammlungen verantwortlich macht. (Wir berichteten darüber in der KHZ 4/74)

Was hat die Besprechung ergeben?

Diese Einladung hatte natürlich einzig und allein den Zweck,uns im stillen Kämmerlein klarzumachen, daß wir ohne viel Lärm und Gebrüll die GO gemäß den Rechtsvorschriften des Ministeriums umschreiben sollten. "Das Problem ist, Sie sind dem Aufsichtsrecht des Ministeriums hautnah ausgesetzt." (wörtlich)

Der Beauftragte des Ministeriums, Dr. Schuster (ehemaliger ÖSU-Fachschftsleiter!) wies darauf hin, daß eine derartige GO, wie sie von den Studienrichtungsvertretern eingereicht worden war, auf keinen Fall genehmigt würde, da es eben weitreichende Unterschiede zwischen einer "repräsentativen Demokratie" und einer "Basisdemokratie" gäbe.

Und tatsächlich! Die Studentenvertreter sind einmal jährlich wähl bar und ansonsten während ihrer Tätigkeit den Wählern nicht mehr verantwortlich. Im ÖH-Gesetz wird dies als "freies Mandat" bezeichnet: Sie sind niemand anderem verpflichtet als sich selbst und ihrem Gewissen. Doch das Geschwätz vom "freien Mandat" entbehrt jeglicher Grundlage. Im Gegenteil, die studentischen Vertreter sind dem Ministerium verantwortlich: So muß binnen zwei Wochen ein Protokoll von jeder Sitzung an das Ministerium geschickt werden, womit gesichert werden soll, 'daß sich die studentischen Vertreter auch wirklich an die Verordnungen des Ministeriums halten und z.B. kein politisches Mandat wahrnehmen.

Wozu dieses "Freie Mandat" dienen kann, soll ein Beispiel aufzeigen: Ein studentischer Vertreter der STK Soziologie/ Phil.Fak. nutzte sein "Ehrenamt dazu,um ein Projekt von S 15.000,-- zu ergattern, in dem er die kapitalistische HS-Reform in der BRD untersuchen und auf ihre Anwendbarkeit für Österreich überprüfen sollte. Dazu kam es allerdings nicht mehr, da die Studenten der Soziologie kein Interesse an solchen Vertretern hatten und bei der letzten Wahl Kommunisten in die ÖH-Gremien delegierten.

Noch eine Demagogie wurde uns bei dieser Besprechung vorgesetzt: Es sei nicht möglich Studentenvertreter an Beschlüsse der HV zu binden. Warum? Einfach deshalb, weil zu HV's nur engagierte Studenten kämen "unser Rechtsstaat" müsse aber auch die "schweigende Mehrheit" berücksichtigen. "Das ist leider so in der Formaldemokratie, unter ihrem Aspekt gesagt" (wörtlich)

Die "schweigende Mehrheit", also die Menschen, die den Kampf um ihre Rechte noch nicht aufgenommen haben, muß herhalten, um die, die sich für ihre gerechten Interessen bereits einsetzen, in ihren Rechten einzuschränken.

Zieht das Geschwätz mit der "schweigenden Mehrheit" nicht mehr, weil die Mehrheit nicht mehr schweigt, sondern sich ihrer Interessen bewußt geworden ist - im Betrieb, in der Schule, in den Wohnvierteln - dann kommt der Knüppel, weil für die herrschende Klasse dann eben diese Mehrheit "verrückt" geworden ist und zur Vernunft gebracht werden muß.

Von ihren gerechten Forderungen dürfen die Studenten jedenfalls nicht abgehen. Sie müssen sich ihre Rechte nehmen, wollen sie den Bestrebungen der Bourgeoisie, das Studium immer besser und immer mehr zu reglementieren, erfolgreich entgegentreten.

Die jederzeitige Absetzbarkeit und Bindung der Studienrichtungsvertreter an die Beschlüsse der Hörerversammlung ist eine Forderung, auf die die Studenten ihre gewählten Vertreter verpflichten müssen. Schließlich wollen sie keine studentische Ministeriumsvertretung, sondern Verteter, die ihren Willen und ihre Interessen im Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung auch über die diversen Gremien zur Geltung bringen.

WEG MIT DEM AUFSICHTSRECHT DES MINISTERIUMS!
FÜR JEDERZEITIGE ABWÄHLBARKEIT DER STUDENTENVERTRETER DURCH DIE HÖRERVERSAMMLUNG!
FÜR DIE BINDUNG DER STUDENTENVERTRETER AN DIE BESCHLÜSSE DER HÖRERVERSAMMLUNG!

Freie Diskussion und Kritik sind den Professoren ein Dorn im Auge

In diesem Semester haben eine ganze Reihe von Pädagogikstudenten gezeigt, daß sie sich das Recht auf freie Diskussion und Kritik in allen Lehrveranstaltungen nicht einfach nehmen lassen. Wütende Ausbrüche der Professoren oder offene Diskussionsverbote für fortschrittliche Kollegen konnten uns nicht daran hindern, alle die Rechte zu gebrauchen, die uns der bürgerliche Staat im Zug der Reformierung unseres Studiums wegnehmen will.

LÜGEN DER ÖSU: „Marxisten-Leninisten sprengen Hörerversammlung"

Unter diesem Titel berichtet der letzte "ÖSU-Report" über die Hörerversammlung der Philosophischen Fakultät Wien vom 18.3.74:
"Durch skandierende Sprechchöre verhinderte der MLS (Marxistisch-Leninistische Studenten) jüngst bei einer Hörerversammlung der Phil.Fak. der Universität Wien, bei der die sich zuspitzende Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten sowie die Schwierigkeiten der ausländischen Kollegen behandelt werden sollten, jedes demokratische Vorgehen. Dies führte schließlich zum Auszug eines Großteils der Studenten.. Selbst VSStö und KSV distanzierten sich nachträglich vom Verhalten der Randalierer, das Grüppchen der Linkschaoten der MLS hielt ihr sattsam bekanntes Inzucht-Teach-in ab."

Daran ist buchstäblich kein Wort wahr. Ca. 600 Studenten, die auf der Hörerversammlung anwesend waren, können bezeugen

- daß die MLS (Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation; nicht einmal das stimmt im "ÖSU-Report") ein demokratisches Vorgehen nicht durch Sprechchöre verhindert hat; daß vielmehr der Vorsitzende der Fakultätsvertretung Prantz(ÖSU) von der überwältigenden Mehrheit der Versammlung als Diskussionsleiter abgewählt wurde.
- daß Prantz diese völlig demokratische Vorgangsweise nicht akzeptierte und, da nicht er der Diskussionsleiter sein sollte, die Versammlung für inoffiziell erklärte.
- daß Prantz bei seinem Auszug höchstens 50 Studenten folgten, einschließlich der Funktionäre von ÖSU,RFS, VSStö und KSV während eine "Minderheit" von ca.600 Stundenten im Saal blieb.
- daß sich KSV und VSStö nicht nachträglich sondern auf der Hörerversammlung selbst vom Verhalten der "Randalierer" distanziert haben; daß sich der VSStö aber immerhin nachträglich von seiner Distanzierung distanziert hat. (Der VSStö war schon immer ein großer Künstler darin, sich von sich selbst zu distanzieren)

Bewiesen wird diese offenkundige Lügengeschichte im "ÖSU-Report" durch ein Zitat von Prantz, das in puncto Lügen etwas subtiler ist:
"Als ich einsah, daß hier eine weitere produktive Behandlung der Probleme durch Cliquenterror unmöglich gemacht wurde, bat ich alle jene Kollegen, die nicht an einem Exklusivzirkel mit sattsam bekannter Phrasendrescherei interessiert sind, mit uns die Probleme im ÖH-Gang zu diskutieren. Dieser Aufforderung folgten jene Kollegen, die nicht an der Nabelschnur der Linkschaoten (MLS und GRM) hängen".
Prantz verschweigt einfach, daß ihm diese Einsicht ("daß hier eine weitere produktive Arbeit unmöglich gemacht wurde") nach seiner Abwahl als Diskussionsleiter gekommen ist; daß er also einsah, daß die Mehrheit der Versammelten gegen ihn und daher eine "produktive Behandlung der Probleme" in seinem Sinne unmöglich war. Das Votum der überwältigenden Mehrheit der Versammlung kann man natürlich auch als Cliquenterror bezeichnen. Aber nicht einmal Prantz wagt zu behaupten, daß mit ihm ein Großteil der Studenten die Versammlung verlassen hätte Und er hätte es gewiß behauptet, wenn auch nur der fadenscheinigste Grund dafür bestanden hätte.

Bürgerliche Studentengruppen wie die ÖSU und bürgerliche Studentenpolitiker wie Prantz können nur mit Verleumdung und Lügen reagieren, wenn sie einmal irgendwo in der Minderheit sind.

Denn diese Leute leben davon, sich ständig auf die Mehrheit zu berufen - vorausgesetzt, daß die Mehrheit schweigt, ihnen keine bestimmten Aufträge erteilt und sie nach Belieben schalten und walten läßt.
Hörerversammlung sind nun dazu da, die Studentenvertreter zur Rechenschaft zu ziehen und ihnen bestimmte Aufträge zu erteilen. Die Herren bürgerlichen Studentenpolitiker wollen weder das eine noch das andere.

Der Auszug von Prantz brachte zum Ausdruck, daß er von vornherein nicht bereit war, Beschlüsse der HV, mit denen er nicht einverstanden war, zu akzeptieren. Er verließ die Versammlung um ihr den offiziellen Charakter zu nehmen, um im nachhinein besser lügen und verleumden zu können und um jede Stellungnahme zu Beschlüssen der Versammlung herumzukommen.

L.K.

Formierung des Studienbetriebs geht weiter

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat Anfang April ein Rundschreiben herausgegeben, das die "Erteilung von Lehraufträgen für Übungen, Praktika, Proseminare, Seminare und dgl." betrifft. Aber es steht auch sonst Interessantes darin. Wie schon einmal nimmt das Ministerium Beschwerden von Studenten über ungerechte Benotung zum Anlaß, um Schritte zur Formierung des Studienbetriebs im Sinne der Hochschulreform zu setzen. Und zwar sind beim Ministerium Beschwerden eingegangen, daß bei Übungen, Praktika etc. "die Bescheinigung des Erfolges durch Ausstellung eines Übungszeugnisses (oder dgl.) von einem einzigen Prüfungsvorgang abhängig gemacht wurde."

Lehrveranstaltungen «neuen Typs»

Das nimmt das Ministerium zum Anlaß, um die Einführung von Lehrveranstaltungen "Neuen Typs" zu forcieren, d.h. von Lehrveranstaltungen, in denen eine dauernde Prüfungssituation herrscht, in denen über das ganze Semester laufend Tests stattfinden, deren positive Ablegung mehr oder minder die Voraussetzung für die Zulassung zur Abschlußprüfung ist. In solchen Lehrveranstaltungen gibt es dann auch eine ziemlich rigide Anwesenheitspflicht. Der Zweck dieser Bestrebungen ist folgender:

"Den aufgeworfenen Fragen kommt insoferne besondere Bedeutung zu, als die Intensivierung der Ausbildung und die Anwendung von lernintensiven Unterrichtsmethoden einen wesentlichen Bestandteil der Bestrebungen zur Neuordnung der Studien, insbesondere auch zu ihrer Verkürzung auf einen vertretbaren Zeitraum bildet. Der ordnungsgemäßen Durchführung von Lehrveranstaltungen der eingangs erwähnten Art ist demnach ganz besondere Bedeutung beizumessen. Diese Bedeutung wird auch dadurch zum Ausdruck zu kommen haben, daß seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung bei der Erteilung von Lehraufträgen solche Lehrveranstaltungen besonders berücksichtigt werden...Im Hinblick auf die beschränkten finanziellen Mittel bedeutet die Einräumung des Vorranges für bestimmte Typen von Lehrveranstaltungen be-



dauerlicherweise, daß andere Anliegen, mögen sie noch so wünschenswert sein, zugunsten des Notwendigen zurückgestellt werden müssen. Diese Erwägungen werden dazu führen müssen, daß zu Gunsten der oben erwähnten Lehrveranstaltungen etwa wünschenswerte, aber nicht vorgeschriebene Spezialgebiete zurückgestellt werden müssen oder auch, daß von einer größeren Zahl von Wahlfächern nicht alle, sondern nur die wichtigsten durch die Erteilung besonderer Lehraufträge abgedeckt werden." (Rundschreiben des BMfWuF)

Hier zeigt sich ganz klar, daß die sogenannte akademische Lehr- und Lehrnfreiheit eine Farce ist: *"Wer bezahlt, schafft an!"* Das Lehrangebot soll so im wesentlichen auf die im Studienplan unmittelbar vorgesehenen Veranstaltungen eingeschränkt werden, um diese möglichst lernintensiv durchzupeitschen.

"Lernintensive Unterrichtsmethoden" bedeuten, daß es immer stärkerer Zwangsmittel bedarf, um den ganzen bürgerlichen Pofel in die Gehirne der Studenten hineinzustopfen. Das Ministerium ist sich natürlich bewußt, daß ständiges Eintrichtern, Repetieren und Abprüfen des Lehrstoffs sowie ständige Anwesenheitspflicht in Praktika, Übungen etc. ein hervorragendes Mittel zur Disziplinierung der Studenten ist.

An mehreren Instituten versuchten Assistenten die vom Ministerium vorgeschlagenen lernintensiven Unterrichtsmethoden bereits in die Praxis umzusetzen (unter Berufung auf das obige Rundschreiben des Ministeriums): Durch stichprobenweises Abfragen des Stoffs in jeder Stunde, Tests, Einführung von Anwesenheitslisten und Beschränkung der Teilnehmerzahl durch p.A. Aber dies ruft den Widerstand der betroffenen Studenten hervor. Z.B. haben die Studenten in einem romanistischen Proseminar diese Maßnahme ausführlich diskutiert und sie geschlossen (bei einer Stimmenthaltung) abgelehnt, als ein Assistent die "dauernde Überprüfung des Erfolgs der Teilnahme" einführen wollte. Zu deutlich ist, daß sie nur der Kontrolle und Disziplinierung dienen und auf einen gesteigerten Leistungsdruck hinauslaufen. Um der Lernintensität willen lassen sich die Studenten das Recht auf Auseinandersetzung und Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft und Ausbildung nicht so leicht nehmen. Es hat sich bereits herausgestellt, daß manche Assistenten bei der Einführung solch rigider Methoden nicht wohl ist, daß sie eigentlich nichts damit zu tun haben wollen - ihnen droht jedoch der Entzug des Lehrauftrags.

Verstärkte Kontrolle der Assistenten

Die verstärkte Disziplinierung und Kontrolle der Assistenten und Lehrbeauftragten geht Hand in Hand mit den Versuchen zur Disziplinierung der Studenten. An der Philosophischen Fakultät der Universität Wien z.B. gibt es neben 158 Professoren und 173 Dozenten etwa 650 Assistenten und 319 Lehrbeauftragte. Die beiden letzten Gruppen sind in ihrer materiellen Existenz größtenteils von Lehraufträgen abhängig. Sie halten vor allem jene Lehrveranstaltungen ab, in denen das Ministerium lernintensive Unterrichtsmethoden praktizieren will. Bei der Erteilung von Lehraufträgen hat das Ministerium daher das finanzielle Druckmittel, um die Abhaltung von Lehrveranstaltungen in der von ihm gewünschten Form zu erzwingen. Weitere Mittel der Disziplinierung und Kontrolle sieht der Entwurf des Hochschullehrerdienstgesetzes vor, das die Dienstbeurteilung für pragmatisierte Assistenten und eine strenge Regelung der Arbeitszeit der Assistenten einführt. Gegen diesen Gesetzesentwurf gibt es unter den Assistenten bereits eine starke Opposition.

Nur ein kleiner Teil des "akademischen Mittelbaus" hat heute mehr die Aussicht, in den privilegierten Stand der Professoren aufzusteigen. Auf den Assistenten und Lehrbeauftragten ruht aber die Hauptlast des Lehrbetriebs. Der bürgerliche Staat muß diese Leute ganz besonders gut in den Griff bekommen, weil nur mit ihrer tätigen Mithilfe die Formierung des Studienbetriebs im Sinne der Hochschulreform, die Disziplinierung und verschärfte Auslese der Studenten durchgeführt werden kann. Der bürgerliche Staat ist daher bestrebt, sie mehr und mehr in weisungsgebundene Beamte zu verwandeln. Auch für die Lehrbeauftragten und Assistenten gilt, daß im Zuge der monopolkapitalistischen Hochschulreform der Druck des bürgerlichen Staats ungeheuer zunimmt, daß auf den Hochschulen nichts mehr der kleinlichen und gehässigen Reglementierung und Kontrolle durch den geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse entgehen soll.

L.K.

ANGRIFF DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG ABGEWEHRT (WIHAST-HEIME)

Wie wir in der letzten KHZ berichtet haben, hat der Versuch der Kärntner Landesregierung, ihre Stiftungsplätze in den WIHAST-Heimen nur mehr für die Dauerder für die jeweilige Studienrichtung vorgesehenen Studienzeit zu vergeben, einen breiten Protest hervorgerufen. Dieser zwang die Beamten, ihren Beschluß zurückzunehmen. Schein heilig wurde erklärt, es sei ohnehin nur die durchschnittliche Studiendauer gemeint gewesen.

Ein Erfolg der Heimbewohner also. Ein Erfolg aber auch deshalb, weil sich im Zuge dieser Bewegung eine Diskussion über die Frage entwickelte, wer (und wie) über die Weiterverleihung von Heimplätzen entscheiden soll. Darin kristallisierte sich immer klarer die Meinung heraus, daß dies am besten durch die von den Bewohnern gewählten Heimausschüssen geschehen soll. Nur so und nicht durch noch so "objektiv" ausgeklügelte bürokratische Kriterien kann die widrige Situation überwunden werden, daß man ständig um seine Wohnung fürchten muß.

Alle Heimträgerorganisationen haben ihre nahezu allumfassende Macht auch juristisch abgesichert. Die Studenten sind nämlich keine gewöhnlichen Mieter. Ihr Verhältnis zum jeweiligen Heimträger ist durch den § 974 ABGB festgelegt:"Hat man weder die Dauer noch die Absicht des Gebrauchs bestimmt, so entsteht kein wahrer Vertrag, sondern ein unverbindliches Bittleihen (Prekarium), und der Verleiher kann die entlehnte Sache nach Willkür zurückfordern." Dadurch sind den Heimbewohnern alle üblichen Rechte von Mietern entzogen. In einigen Heimen mit einer fortgeschritteneren Bewegung z.B. im Internationalen Studentenheim wird daher der Kampf um die Forderung nach "Verlängerung des Heimplatzes allein durch den gewählten Heimausschuß" mit dem Kampf gegen das "Bittleihen" verbunden.

WEG MIT DEM BITTLEIHEN!
FÜR EIN ORDENTLICHES MIETVERHÄLTNIS!
FÜR EINE WEITERVERGABE DES HEIMPLATZES ALLEIN DURCH DEN VON DEN STUDENTEN GEWÄHLTEN HEIMAUSSCHUSS!

HEIMPREISERHÖHUNG IN DEN HEIMEN DER STUDENTENFÖRDERUNGSSTIFTUNG

Auf der Kuratoriumssitzung der Österreichischen Studentenförderungsstiftung am 30.5. wurden trotz massiver Proteste von Heimvollversammlungen, die jede Erhöhung ablehnten, Erhöhungen von ca. S 75,-- pro Heimplatz beschlossen.

In Zukunft soll die Miete für ein Zweibettzimmer S 1.190,-- betragen - das sind S 595,-- pro Person - und die für ein Einbettzimmer S 685,--.

Beantragt wurde die Erhöhung vom Vorsitzenden des Kuratoriums Streeruwitz - ehemaliger ÖH-Vorsitzender (ÖSU) - beschlossen wurde sie mit den Stimmen der ÖSU.

Die Heimbewohner sind jedoch nicht einfach bereit die Erhöhungen hinzunehmen, ihre Vertreter im Kuratorium haben Maßnahmen gegen die Erhöhungen angekündigt, die dem allgemeinen Mietwucher nicht nachstehen.

Studienrichtungsvertretung Mathematik weigert sich fortschrittliche Studenten zu disziplinieren

Einzelne Professoren des mathematischen Institutes bemühen sich bereits seit einiger Zeit, jede fortschrittliche Regung am Institut zu unterdrücken: Plakate werden heruntergerissen; Kollegen, die im Institut Plakate schrieben, wurden "Maßnahmen" angekündigt; ein Kollege, der mit einer Schachtel voll Zeitungen das Institut betrat, wurde von einem Professor intensiv befragt, was denn in diesen Schachteln sei; der Institutsgruppe wird die Benützung eines Hörsaals verboten; Kollegen die im Vorlesungen diskutieren wollen, wird ebenfalls mit "Maßnahmen" gedroht und die STRV soll gegen diese Kollegen aufgehetzt werden.

Es ist kein Zufall, daß die Professoren gerade jetzt eine verstärkte Tätigkeit zur Unterdrückung fortschrittlicher Kollegen entfalten. Die Verabschiedung der LA-StO'en steht bevor, die reaktionäre Formierung der Lehrerausbildung beginnt bereits ihre Schatten vorauszuwerfen und die Studienbedingungen verschlechtern sich allgemein. Am Institut herrscht, wie es ein Professor einmal ausdrückte, eine "ideologisierte Atmosphäre". Der Widerstand der Studenten gegen die staatliche HS-Reform ist auch nicht mehr zersplittert und vereinzelt - die Institutsgruppe erweist sich immer mehr als taugliches Mittel den Widerstand zu organisieren. Die Professoren versuchen deshalb auch mit Hörsaalverboten gegen die Institutsgruppe vorzugehen.

Bisher blieben jedoch alle Versuche der Professoren erfolglos. Die Institutsgruppe informierte die Studenten von den Maßnahmen der Professoren durch Flugblätter und in den Vorlesungen und erklärten öffentlich den Hörsaal weiterbenützen zu wollen. Die STRV veröffentlichte ebenfalls das Ansinnen der Professoren und wies es entschieden zurück, Kollegen zu bespitzeln.

(1) Am 1974 05 17 wurde den Studienrichtungsvertretern durch ihren Vorsitzenden von Professorenseite nahegelegt, Mitglieder einer linksgerichteten Studentengruppe, die unter anderem eine Vorlesung unterbrochen und den Vortragenden zur Diskussion über grundlegende Fragen aufgefordert hatten, zu "ostrazieren", d.h. von den anderen Studenten zu isolieren, sich von ihnen deutlich zu distanzieren und sie an der Propagierung ihrer Ansichten in Lehrveranstaltungen zu hindern.

Dazu erklären die unterzeichneten Studienrichtungsvertreter für Mathematik: Die alleinigen Aufgaben der Studentenvertreter werden durch das Hochschülerschaftsgesetz 1973 §3 festgelegt.
Es widerspricht sowohl diesem Gesetz als auch unserer persönlichen Auffassung, daß gewählte Vertreter einer Gruppe von Menschen politische Ansichten als "offiziell" richtig bzw. "offiziell" falsch deklarieren und die Proponenten der "schädlichen" Ansichten bekämpfen sollen. Für uns gibt es keine Kollegen, die "nicht ganz normal" sind und daher mit jeden möglichen Mittel bekämpft werden dürfen. Insbesondere verstehen wir uns nicht als Saalordner für Lehrveranstaltungen oder Organe zur Disziplinierung der Studenten in irgendeinem Sinn. Allerdings fordern wir alle Kollegen auf, das Unterbrechen einer Lehrveranstaltung zum Zweck einer Diskussion strikt zu unterlassen, wenn die Mehrheit der anwesenden Hörer die Fortsetzung der Vorlesung durch den Vortragenden wünscht.

Die Studienrichtungsvertreter Mathematik:

(GROSSER) (ZUBA) (DACHÉ) (KNIERZINGER)
(TAKÁCS)

Die fortschrittlichen Kollegen werden weiterhin, alle Maßnahmen der Professoren veröffentlichen, die Ursachen aufdecken und für das Recht auf freie politische Betätigung kämpfen, indem sie sich dieses Recht nehmen.

P.F.M.
(Zelle Math/NaWi)

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Erscheint 12mal jährl.
Einzelpreis S3.-.Jahresabonnement incl.Porto (12 Nummern) S50.-.
Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf das Konto "KB Wien"BAWAG-Zentrale 00663047

Der Kampf um die Rechte der ausländischen Studenten muss weitergeführt werden

Kundgebungen in Wien und Innsbruck

Vor einigen Wochen haben die ausländischen Studenten im Vorstudienlehrgang gestreikt gegen die Sonderbehandlung, der sie vom österreichischen Staat unterworfen werden. Mit den Ergänzungsprüfungen, dem Vorstudienlehrgang und dem Bespitzelungssystem der Vertrauensdozenten hat sich der bürgerliche Staat eigene Einrichtungen zur Kontrolle und Disziplinierung der Studenten aus der dritten Welt geschaffen, um ihre politischen Betätigung, vor allem ihre Beteiligung an den antiimperialistischen Kämpfen zu verhindern.

Der Streik wurde abgebrochen, nachdem die Vertreter des Staates die Erfüllung der wichtigsten Forderungen zugesagt hatten (Abschaffung des Vorstudienlehrgangs; Abschaffung der Vertrauensdozenten und des ÖAD; für dieses Semester : Abschaffung der Anwesenheitspflicht, Revidierung des Fächerkatalogs und Vereinfachung der Abschlußprüfungen) und auch die Unterstützungsbewegung der inländischen Studenten bröckelte ab.

Aber im Vorstudienlehrgang änderte sich nichts, im Gegenteil, der Druck auf die Kollegen wurde verschärft: Allen, die irgendetwas kritisierten wurde mit dem Durchfallen, einzelnen Kollegen mit Anzeigen gedroht und allen wurden die Agenten der verschiedenen Botschaften auf den Hals gehetzt. Die Zusagen für dieses Semester wurden nicht erfüllt; Rektor Korninger erklärte vielmehr zynisch, er habe nie Zusagen gemacht.

Daraufhin organisierten die Wiener Studenten eine Protestkundgebung im UNI-Hof. Hier zeigte sich, daß die Unterstützungsbewegung durch die scheinbaren Zugeständnisse ziemlich geschwächt worden war (es kamen nur noch ca. 150 Kollegen) und der Rektor konnte ganz offen erklären, er könne seine Zusagen nicht einhalten, sie seien gesetzwidrig.

Der ÖH-Vorsitzende Schneider (ÖSU) gab offen zu, daß bei den Verhandlungen, die eben zwischen ÖH und den Rektoren stattgefunden hatten, von seiten der ÖH die Abschlußprüfungen überhaupt nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden waren. Der Rektor redete sich auf die Gesetze aus, der ÖH-Vorsitzende meinte dazu, wenn die Gesetze halt so sind, dann kann man halt nichts machen.

Zuletzt erging sich der Rektor in wilden Beschimpfungen der anwesen Kollegen, er erklärte sie allesamt kurzerhand für Undemokraten; sie kümmerten sich nämlich selber um ihre Angelegenheiten, demonstrieren für die Rechte der Ausländer, statt auf den "demokratischen Willensbildungsprozeß" bei den Verhandlungen mit den ÖSU-Bonzen zu vertrauen. Tatsächlich wollten die fortschrittlichen Studenten, die dort demonstrierten, auch gegen diese Art von Demokratie demonstrieren: Sich einen Dreck um die Angelegenheiten der Betroffenen kümmern, hinter ihrem Rücken packeln, wobei die Voraussetzung der Verhandlungen ist, daß die Forderungen der Betroffenen bei den Verhandlungen gar nicht zur Debatte stehen, sondern nur die Mittel zu deren zukünftiger Unterdrückung.

Als die Innsbrucker Studenten von der Absicht der Rektoren erfuhren, außerhalb von Innsbruck die Rektorenkonferenz abzuhalten, um ungestört über die Unterdrückung der ausländischen Studenten beraten zu können, fuhren sie gemeinsam mit den VSL-Kollegen dorhin und stellten die Rektoren. Diese entzogen sich den empörten Studenten durch die Flucht und hetzten die Polizei auf sie.

Kein Vertrauen in die Versprechungen des bürgerlichen Staates

Auf Grund der letzten Ereignisse haben viele Studenten den bürgerlichen Staat und seine Politik erneut kennengelernt. Der Staat hat unter dem Druck der Bewegung durch seine Vertreter auf Hochschulboden eine Reihe von Zugeständnissen machen müssen. Jetzt hat er sie einfach zurückgenommen.

Viele haben diesen Zusagen vertraut, fast alle haben geglaubt, die Probleme der ausländischen Studenten seien jetzt gelöst. Die offenen Agenten der Bourgeoisie unter den Studenten, die ÖSU-ÖH-Bonzen haben bewußt verbreitet, daß sie durch Verhandlungen alle Schwierigkeiten aus der Welt geschafft hätten. Immer wieder haben auch einzelne Mitglieder des Streikkomitees, besonders aber die ÖSU-Bosse verbreitet, daß es Differenzen im Staatsapparat gebe: Die Minister Firnberg wolle eh die Forderungen der Ausländer erfüllen, aber die reaktionären Rektoren würden sie daran hindern u.ä. Jetzt schreibt die ÖSU: "Der Streik im VSL, politisch und publizistisch massiv von der ÖH unterstützt, brachte einen 100 %igen Erfolg..." (ÖSU-Report, Mai 74 S 12)

So wurde unsere Aufmerksamkeit eingeschläfert und günstige Bedingungen für den Gegenschlag der Behörden geschaffen. Wir werden daraus lernen, daß Zusagen nur dann etwas wert sind, wenn ihre Einhaltung wirklich durchgesetzt wird, daß die Aufmerksamkeit verdoppelt muß, wenn der bürgerliche Staat einmal zu Zugeständnissen gezwungen werden kann.

Der bürgerliche Staat ist der Herrschafts- und Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie. Er gewährt von sich aus nicht die geringsten Rechte, daß hat er schlagend jetzt gegenüber den ausländischen Studenten bewiesen. Jedes Recht, daß sich die ausländischen Studenten erkämpfen, bedeutet eine Verringerung seiner Kontrollgewalt über sie. Der Staat kann sich nicht leisten, die Kontrolle über die ausländischen Studenten zu verlieren. Er muß verhindern, daß sie Anklage erheben gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung ihrer Völker, daß sie sich einreihen in die antiimperialistische Bewegung und sich am Klassenkampf beteiligen. Minister Firnberg hat deshalb selbst vorgeschlagen, man solle sich die Ausländer ansehen, schon bevor sie nach Österreich gelassen werden.

Wie muß der Kampf geführt werden ?

Gegen alle Manöver des bürgerlichen Staates muß der entschiedene Kampf um die Rechte der ausländischen Kollegen geführt werden.

Der Kampf muß geführt werden um die völlige Abschaffung des Vorstudienlehrgangs auf der Grundlage von klaren Forderungen: Gleichstellung der ausländischen Studenten mit den inländischen Studenten bei der Aufnahme auf die Hochschulen ! Ergänzungsprüfungen wie die Österreicher ! Alles andere, was die ÖH mit dem Staat auspackelt, ist nichts anderes als die Fortführung der besonderen Kontrolle und Unterdrückung der ausländischen Studenten in anderer Form. Die ÖH schachert mit den Rektoren auf der Grundlage der "Ungleichwertigkeit der Maturazeugnisse", von "völkerrechtlichen Vereinbarungen" usw., was nichts anderes als die Rechtfertigung des Unterdrückungscharakters der besonderen Anforderungen ist. Es geht auch nicht darum, festzustellen, ob diese oder jene Prüfung notwendig ist, ob hier ein Stück Unterdrückung weg- und dort eines dazukommt, sondern die einzige Grundlage für Verhandlungen ist die völlige Abschaffung jeder Sonderbehandlung der ausländischen Kollegen.

Das Ergebnis des Kampfes, daß die Vertrauensdozenten ihre Polizeifunktion verloren haben, kann nur gesichert werden durch die Beibehaltung der vorläufigen Regelung, daß die Aufenthaltsgenehmigungen einzig und allein auf Grund der Vorlage einer Inskriptionsbestätigung erteilt werden müssen. Wenn diese Regelung aufgegeben oder untergraben wird, bedeutet das nichts anderes, als die Einführung einer neuen Kontrollinstanz für die Überprüfung der Gesinnung und des Lebenswandels der ausländischen Kollegen. Das darf nicht zugelassen werden ! Die Behörden suchen schon nach neuen Bespitzelungsmethoden und wir müssen die Rektorate, die Dekanate und auch die ÖH daran hindern, die Funktionen der Vertrauensdozenten zu übernehmen!

Diese Forderungen ändern nichts an der Grundlage der Entrechtung der Ausländer in Österreich: Der Ausländergesetzgebung.

Sie sind Forderungen nach beschränkten Rechten für die ausländischen Studenten. Sie sind aber trotzdem geeignet, die Kampfbedingungen dieser Kollegen zu verbessern. Ihre Erfüllung würde sie der kleinlichen und willkürlichen Kontrolle und Schikanierung durch die Hochschulbehörden entziehen, würde den Zustand beenden, in dem die ausländischen Studenten den Behörden rechenschaftspflichtig sind über ihren Lebenswandel im allgemeinen - über die Studienerfolge im besonderen. Diese Rechte würden die Polizei daran hindern, ihre Repressionen gegen die ausländischen Studenten als Folgen mangelnder Studienerfolge darzustellen und damit den politischen Charakter dieser Unterdrückung offener werden lassen. Die Beseitigung dieser Sonderbehandlung würde den Blick der Studenten auf die gemeinsame Wurzel der Entrechtung aller Ausländer, der Ausländergesetzgebung schärfen und sie besser befähigen die Notwendigkeit des Kampfes gegen sie einzusehen.

Die Durchsetzung dieser Forderungen würde den ausländischen Studenten gegenüber dem Staat gewisse Rechte einräumen, die es ihnen erleichtern, ihre politischen Auffassungen zu vertreten und sich für sie einzusetzen. Solche noch so beschränkten Rechte verbessern die Bedingungen, unter denen sie sich an den Klassenkämpfen in Österreich beteiligen können. Die Studenten aus den Ländern der dritten Welt können eine hervorragende Rolle spielen insbesondere bei der Unterstützung der Kämpfe der Völker gegen den Imperialismus und sie tun es zum Teil auch schon heute. Sie haben sich in fortschrittlichen Studenten vereinen organisiert, beteiligen sich an Demonstrationen, informieren selbst in ihren Publikationen die österreichische Bevölkerung über die Verbrechen des Imperialismus und die Kämpfe der Völker. Zu Weihnachten haben die iranischen Studenten mit einer Aktion gegen den Schah von Persien die Interessen der österreichischen Bourgeoisie an einem neuralgischen Punkt getroffen.

Alle fortschrittlichen Menschen haben ein grundsätzliches Interesse an der Verbreiterung des Spielraums für den Klassenkampf und müssen sich aktiv für diese Rechte einsetzen - genauso wie die Bourgeoisie und alle Reaktionäre mit allen Mitteln daran arbeiten diese einzuschränken, wobei sie sich des staatlichen Unterdrükkungsapparats bedienen. Nur im entschiedenen Kampf gegen diese kann die Entrechtung der ausländischen Kollegen und ihre besondere Unterdrückung beseitigt werden.

G.F/Red.

Die Wahrheit über die Lage der Chile-Flüchtlinge

Vorbemerkung

Ein chilenischer Genosse hat uns einen Brief über die Lage der chilenischen Flüchtlinge zugeschickt. Schon bei der Aufnahme der Flüchtlinge hatte die Regierung dafür gesorgt, daß sich keine aktiven Vorkämpfer für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes darunter befänden. Die "Presse" hatte damals berichtet: *"Daß sich unter den Asylbewerbern keinesfalls aktive Untergrundkämpfer befinden, dafür will man ebenfalls eine Garantie in Händen haben. Sind doch 2 Beamte des Innenministeriums nur deswegen nach Chile gereist, um dort die Asylwerber genau zu prüfen und zu sieben. Wenigstens nach Ansicht der verantwortlichen österreichischen Stellen so scheinen die beiden "Sieber" nichts übersehen zu haben. Tatsächlich hat Österreich 26 Chilenen die Aufnahme verweigert, weil man mit Ihnen in Zukunft keine Unannehmlichkeiten haben wollte"* (8.3.)
Jetzt wird ebenfalls alles unternommen,um zu verhindern,daß sie vielleicht hier gegen die Junta arbeiten. Um politische Betätigung zu verhindern werden sie entsprechend unter Druck gesetzt. V.a. materiell, sind die Flüchtlinge och ohne Hab und Gut hier angekommen.

Red.

Nach dem brutalen Militärputsch vom vergangenen September in Chile, mußten viele chilenische Patrioten, Kommunisten, Aktivisten der Unidad Popular und Sympatisanten der Regierung Allende in den verschiedensten Botschaften Asyl suchen.
Da der amerikanische Imperialismus, in seinem Eifer den Kampf der ganzen lateinamerikanischen Völker unter seine Kontrolle zu bekommen, alle lateinamerikanischen Regierungen unter Druck setzt, Flüchtlinge auszuliefern, suchten die meisten in den Botschaften europäischer Länder Asyl.

Doch jetzt zur unmittelbaren Lage, in der die Flüchtlinge in Österreich leben, denn ihnen muß die Sorge der fortschrittlichen Menschen und Organisationen hier gelten.

Mit der Ankunft der Flüchtlinge, die aus Chile kamen, waren viele Organisationen anfänglich daran interessiert, ihre Hilfe und Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen Sie versprachen eine große Anzahl von Erleichterungen. Innerhalb einer Zeitspanne von nicht mehr als 90 Tagen: Arbeit, Studium, Wohnungen. Gemeinsam mit den Organisationen versprach die Bundesregierung, vertreten durch das Innenministerium, entsprechende Hilfe und Unterstützung in Fragen der Einreise- und Aufenthaltspapiere der geflüchteten Chilenen. Doch dies scheiterte immer mehr an einer Mauer, die von der Ministerialbürokratie aufgerichtet wurde.

Zur Zeit ist die offizielle Hilfe des Ministeriums die einzige, die existiert.

Die anderen Gruppen, so z.B. Amnesty International, sind verschwunden. Und mit jedem Tag wird diese Unterstützung für die Flüchtlinge und ihre Familien immer ungenügender. Abgesehen davon, daß die Geldmittel über die das Ministerium verfügt, aus dem Flüchtlingsfond der Vereinten Nationen stammen, reichen sie überhaupt nicht aus. Das alles ist aber nicht nur eine Frage der Geldmittel, als vielmehr der völligen Unwilligkeit der Verantwortlichen, die Probleme der Flüchtlinge zu sehen. Bei den Wohnungen wurden unsere Genossen von einem Ort zum anderen geschoben; aus dem Stadtinneren in die Randbezirke und wieder zurück, als ob es sich um ein Gruppe Jugendlicher auf Campingurlaub handelte. Ähnlich sieht es in der Frage der Arbeitsmöglichkeiten aus. Urspünglich hatte man uns Arbeiten entsprechend früheren Berufen und Qualifikationen versprochen. Eingetroffen ist das allerdings bei niemandem. Die Verantwortlichen interessierte nur, uns irgendeine unqualifizierte Arbeit zu verschaffen, womit sie uns in die Reihen der ausländischen Arbeiter eingliederten, die von der kapitalistischen Gesellschaft in Österreich ganz besonders ausgebeutet werden.

Die völlige Interesselosigkeit an dem Schicksal der Flüchtlinge zeigt sich auch daran, daß bis jetzt kein einziger von ihnen auch nur einen Vertreter der UNO-Flüchtlingskommision gesehen hat.

Neben caritativen oder offiziellen Stellen haben auch einige politische Organisationen den chilenischen Flüchtlingen geholfen. Allerdings ist hier eine sektiererische Bevorzugung von einzelnen, entsprechend deren politischer Einstellung, festzustellen. So hat sich im Rahmen der Flüchtlinge eine kleine Gruppe von besonders Privilegierten gebildet, die durch die Zusammenarbeit mit der SPÖ besondere materielle Vorzüge genießen.

Auch das Recht der freien Meinungsäußerung der Flüchtlinge ist äußerst eingeschränkt. Jedesmal, wenn es eine Solidaritätsveranstaltung der Linken mit den chilenischen Patrioten, die gegen den Faschismus kämpfen gibt, schreiten die staatlichen Funktionäre unmittelbar ein. Sie setzten sich mit den Flüchtlingen zusammen und machen ihnen eindeutig klar, daß eine Teilnahme oder gar ein Auftreten bei solchen Veranstaltungen von den Autoritäten, wie zum Beispiel der Polizei, sehr ungern gesehen würde.
Das bedeutet nichts anderes als eine Einschränkung der politischen Freiheit, die nur dazu dient, jeden einzelnen der Flüchtlinge noch mehr ein zuschüchtern.

Im Zusammenhang damit, daß man ja in allen Fragen der unmittelbaren Existenz, der Arbeit und der Wohnung, von den staatlichen Stellen abhängig ist, ist das nichts anderes als ein Akt der Erpressung.

**

Erste Liste amerikanischer Militärberater in Phnom Penh veröffentlicht!

UNWIDERLEGBARER BEWEIS DER DIREKTEN US-INTERVENTION IN KAMBODSCHA

Die kambodschanische Nachrichtenagentur A.K.I. veröffentlichte vor kurzem eine Liste der Namen amerikanischer Militärberater, die in Kambodscha stationiert sind. Diese Militärberater leiten direkt Kampfaktionen der Lon Nol-Clique gegen die Befreiungsstreitkräfte. Auch die Verwaltungseinrichtungen der Marionettenrepublik, die verschiedenen "Ministerien" werden von US-Beratern befehligt und kontrolliert. Derzeit halten sich in Phnom Penh und den wenigen noch von den US-Marionetten kontrollierten Städten ca.3500 Militärberater auf, deren Zahl im Laufe des Jahres 1974 auf 10.000 erhöht werden soll. Die US-Hilfe, ohne die sich Lon Nol keine Woche an der Macht halten könnte, betrifft alle Bereiche:

- o die Einfuhr von Waffen aller Arten, Munition, Kriegsmaterial (Panzer, Flugzeuge, Helikopter, Schiffe) vergrößert sich von Monat zu Monat.
- o die Finanzhilfe für Lon Nol wird von ca. 300 Millionen Dollar 1973 auf 650 Millionen Dollar 1974 erhöht
- o die US-Luftwaffe verletzt dauernd den kambodschanischen Luftraum; Aufklärungsflüge, Transportflüge von Menschen und Material und auch zeitweiliger Eingriff mit Bombenflugzeuge in Bodenkämpfe
- o der CIA schickte vor einigen Monaten ca. 10.000 Söldner aus Vietnam und Thailand (kambodschanischer Herkunft), um im Inneren Kambodschas Operationen durchzuführen
- o Infanterieeinheiten, Panzer und Kriegsschiffe fallen von Zeit zu Zeit in Kambodscha ein
- o die in Thailand stationierte US-Luftwaffe (35.000 Mann) bekam von der Washingtoner Regierung den Befehl, sich bereit zu halten, Kambodscha anzugreifen, falls die Volksstreitkräfte eine Großoffensive starten.

Durch die Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe gegen Kambodscha am 15.August 1973 hat sich am Charakter des



Im Widerstandskrieg gegen die US-Aggression spielt in den Städten der Kampf der patriotischen Schüler, Studenten und Lehrer eine große Rolle.Sie nehmen an den Bewegungen gegen die wirtschaftliche Not und die faschistische Repression teil,und bei vielen Kundgebungen und Demonstrationen forderten die Intellektuellen den sofortigen Rücktritt der Lon Nol-Clique und die Machtübernahme durch die FUNK und GRUNC in Phnom Penh und im ganzen Land.Die Schüler,Studenten und Lehrer haben klar erkannt,daß die Ursache der Krise,in der sich das Land befindet,die Aggression des US-Imperialismus ist.
Bei einem Polizeiangriff auf eine von Schülern seit Mitte Mai besetztgehaltene Schule kamen kürzlich der "Erziehungsminister" und sein Stellvertreter ums Leben.Die Schüler hatten die 2 als Geisel genommen,um die Freilassung von 5,von der Lon Nol-Clique verhafteter Kollegen,zu erzwingen

Krieges nichts geändert. Es bleibt weiter ein Aggressionskrieg der USA gegem das kleine kambodschanische Volk. Lon Nol und seine Komplizen sind direkt Handlanger der USA im Lande selbst. Eine Reihe von imperialistischen Staaten - darunter auch Österreich - geben diesem Verräterregime von Phnom Penh den Anschein der "Legitimität", indem sie diplomatische Beziehungen mit ihm unterhalten. Die Lon Nol-Verräter vertreten aber keineswegs die Interessen des kambodschanischen Volkes, sondern nur ihre eigenen und die des amerikanischen Imperialismus. Mit den nationalen Interessen Kambodschas haben sie nichts, mit den Interessen seiner Feinde haben sie alles gemeinsam. Mit ihnen kann es keinen Kompromiß geben. Der Kampf des kambodschanischen Volkes ist ein Beweis dafür, daß selbst ein kleines Land (ca. 7 Millionen Einwohner) einer Supermacht widerstehen kann, wenn es auf seine eigenen Kräfte gestützt, geeint



und kampfentschlossen den Weg des bewaffneten Widerstands geht.

Die jüngst veröffentlichten Zahlen über die Erfolge während der Kampfzeit vom 15.3. bis 15.4. beweisen, daß die Erfolge der Befreiungsstreitkräfte immer größer werden: Es wurden 18.200 Feinde außer Gefecht gesetzt, fast 5000 Waffen wurden erbeutet, darunter Kanonen großen Kalibers, Mörser und Maschinengewehre. Panzer, Traktoren, Lastautos und Motorboote liessen die Marionettentruppen bei ihren zahlreichen Niederlagen zurück. In dieser Zeit befreiten sich fast 100.000 Einwohner, wodurch nun schon 85% der Bevölkerung vom neokolonialen Joch errettet sind. Die ehemalige Königsstadt Udong nordwestlich von Phnom Penh wurde befreit und der Verteidigungsring von Phnom Penh wird brüchig: eine Mekong-Insel, 6 km von Phnom Penher Königspalast, ist ebenfalls bereits in den Händen des Volkes.

Die Lage in Kambodscha ist außerordentlich günstig, die vollständige Befreiung des Landes wird aber noch weitere harte Kämpfe erfordern, denn die US-Imperialisten geben ihre Aggression nur dann auf, wenn sie mit Waffengewalt dazu gezwungen werden.

ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

DIE US-IMPERIALISTEN MÜSSEN IHRE AGGRESSION GEGEN KAMBODSCHA SOFORT EINSTELLEN!

FÜR DEN SOFORTIGEN ABBRUCH DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS ZUR LON NOL LIQUE! SOFORTIGE SCHLIESSUNG DES KONSULATS IN WIEN!

FÜR DIE ANERKENNUNG DER KÖNIGLICHEN REGIERUNG DER NATIONALEN EINHEIT ALS EINZIG RECHTMÄSSIGE REGIERUNG KAMBODSCHAS!

r.f.

1848 Bemerkungen zur Aufführung der Berliner 'Theatermanufaktur'

Vorbemerkung

Im Mai weilte die "Theatermanufaktur" mit ihrem Stück "1848" in Wien. Wir veröffentlichen dazu die Kritik eines Genossen. Die Frage, wie an die Beurteilung der Kunst richtig heranzugehen ist, hat große Bedeutung. Vor allem viele fortschrittliche Intellektuelle haben eine große Scheu davor, verschiedene Kunstwerke bzw. die Kunst überhaupt so zu betrachten, wie sie das auch bei anderen Fragen des gesellschaftlichen Lebens tun: dient das der Arbeiterklasse oder der Bourgeoisie?

Gegenüber der Kunst diesen Standpunkt für nicht angebracht zu halten, bedeutet aber nichts anderes, als Kunst und Kultur als einen von der Gesellschaft abgesonderten Bereich aufzufassen. Damit ist man aber auch schon auf das Gerede vom Genie, das die Kunstwerke schafft, auf die Aura des Geheimnisvollen, die der Kunst angeblich anhaftet, hereingefallen.

Jede Klasse kann ihre Herrschaft nur errichten bzw. aufrechterhalten, wenn sie ihrer Ideologie zum Durchbruch verhilft. In diesem Kampf um das Bewußtsein der Menschen spielt die Kunst eine wichtige Rolle. " *Wir sind mit einer übermäßigen, bis zur Absurdität gehenden Betonung der Wichtigkeit von Literatur und Kunst nicht einverstanden, aber ebensowenig mit einer Unterschätzung ihrer Bedeutung. Literatur und Kunst sind der Politik untergeordnet, üben aber auch ihrerseits einen großen Einfluß auf die Politik aus. Die revolutionäre Literatur und Kunst sind ein Teil der gesamten Sache der Revolution, sie sind Rädchen und Schräubchen darin, die der Bedeutung, Dringlichkeit und Reihenfolge nach im Vergleich mit anderen, noch wichtigeren Teilen natürlich an zweiter Stelle rangieren; dennoch sind sie unentbehrliche Rädchen und Schräubchen des Gesamtmechanismus, ein unentbehrlicher Bestandteil der revolutionären Sache als Ganze genommen. Wenn es nicht einmal eine Literatur und Kunst im weitesten Sinne des Wortes gibt, dann kann die revolutionäre Bewegung nicht vorwärtsschreiten, kann sie nicht siegen. Es wäre ein Fehler, das nicht zu begreifen*". (Mao Tse-tung)

Red.

Alle Jahre wieder, zu den "Festwochen", erleben wir das schöne Schauspiel: die Kulturbonzen der Bourgeoisie versuchen, Kultur ins Volk zu tragen, es zu "bilden", die hohe Kunst den Massen schmackhaft zu machen, sie in Konzerte, Theater und Ausstellungen zu locken. Vergeblich! Es gelingt nicht - diese Kultur lehnen die Massen ab. Als Selbstbespiegelung, als Ausdruck der Perspektivlosigkeit der herrschenden Klasse stößt sie auf das berechtigte Mißtrauen des Volkes und kann nur Unbehagen und Ablehnung hervorbringen. Aus diesem Reservat kann die bürgerliche Kunst nicht ausbrechen. Das beklagen viele, die von ihr leben, v.a. aber noch besser leben möchten, das bejammern die Kulturfunktionäre. Sie kann es nicht, weil die Volksmassen und deren Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihr

nicht vorkommen. Im Gegenteil die bürgerliche Kunst verschleiert die tatsächlichen Verhältnisse. Das ist auch ihre Aufgabe, denn nur so sorgt die für die Zerstreuung der Herrschenden, allerdings um den Preis, von den Massen ignoriert zu werden.

Es gehört ebenso zum Wesen der bürgerlichen Kunst, daß sie die bestehenden Zustände nicht platt verherrlicht, die Unruhe über die unruhigen Zeiten ist ein sie bestimmendes Element: die Künstler formalisieren diese Unruhe. Eines kann aber die bürgerliche Kunst nicht: den Weg weisen für die Aufhebung der bestehenden Widersprüche (auch wenn sie diese sogar zu formulieren imstande ist), die Richtung anzugeben, mit der allein der Kampf gegen die den Widersprüchen zugrundeliegende Ausbeiterherrschaft siegreich geführt und abgeschlossen werden kann. Ihre Konsequenz aus ihrer Ohnmacht ist die Darstellung der Ohnmacht, die Resignation. Wo sie "Lösungen" anbietet, sind diese offen reaktionär oder aber "progressive" Utopien, die letzten Endes auf Klassenversöhnung hinauslaufen.

Die bürgerliche Kunst ist der Herrschaft der Bourgeoisie gänzlich ungefährlich. Aber sie taugt auch nicht recht zur ideologischen Beeinflussung der Volksmassen, da sie von diesen kaum wahrgenommen wird. Also überschwemmt die Bourgeoisie die Massen zusätzlich noch mit industriellem Schund, mit "Unterhaltung" aller erdenklichen Schattierungen von "Volkstümlichkeit" - mit dem Ziel, das Volk ideologisch an sich zu binden und es zu "zerstreuen" (in des Wortes doppelter Bedeutung).

Am Beispiel der Revolution von 1848

Durch alle möglichen Illusionen hindurchgegangen, haben viele Intellektuelle und Künstler die Ödnis und die Fäulnis des bürgerlichen Kulturbetriebes erkannt. Im Moment der sich verschärfenden Klassenkämpfe oder aufgrund ihrer theoretischen Einsicht entdecken sie das Proletariat als die historische Kraft, die auch ihnen, als Künstler eine neue Perspektive geben kann. Als Konsequenz versuchen sie, aus dem Betrieb auszubrechen, "den Spieß umzudrehen".

Einen solchen Versuch konnte unlängst beobachten, wer das Stück "1848" der Berliner "Theatermanufaktur" gesehen hat. Diese Truppe, deren Kern emigrierte Wiener Schauspieler bilden, hat sich mit dieser Produktion zur Aufgabe gemacht, am Beispiel der Revolution von 1848 in Wien die Geschichte als eine von Klassenkämpfen darzustellen - und somit die herrschende Geschichtsschreibung zu entlarven. In der großartigen Eingangsszene wird mit dieser Geschichtsschreibung ins Gericht gegangen, sie erscheint als das was sie ist: als ideologische Waffe im Klassenkampf von oben. Dieser Geschichtsschreibung mit ihrer Verherrlichung der jeweils Herrschenden stellt nun das Ensemble mit Schwung und formaler Fantasie die Chronik der Ereignisse gegenüber und zeigt an Hand des Ablaufs der Revolution wie der Konterrevolution die Interessen der einzelnen Klassen in richtiger Weise auf. Vor allem die Gründe für den Verrat der Bourgeoisie an den hauptsächlich für deren Forderungen kämpfenden Arbeiter werden richtig dargestellt: des "liberale" Bürgertum bekam es mit der Angst zu tun. Der marxistische Historiker Franz Mehring schreibt dazu:

"Das industrielle Proletariat lebte längst im heimlichen Kriegszustand mit dem Kapital und unterstützte die bürgerliche Revolution nur, um einen Kampfplatz zu gewinnen, worauf es der Bourgeoisie einen offenen Krieg machen konnte. Sobald es sah, daß die bürgerliche Klasse mit Opferung der eigenen Interessen diesen Kampfplatz zu versperren begann, mußte es auch einsehen, daß es sich nicht mehr leiten lassen dürfe durch die Bourgeoisie, sondern sich organisieren müsse trotz der Bourgeoisie. Je mehr die bürgerliche Revolution versandete, umso revolutionärer wurde die Arbeiterklasse. Sie war noch viel zu schwach, um die Fahne, die das das Bürgertum verraten hatte, zum Siege zu führen, aber sie kämpfte tapfer um diese FAhne, und ihre Niederlage war nicht, wie bei der bürgerlichen Klasse, der Anfang vom Ende, sondern umgekehrt das Ende vom Anfang ihres Emanzipationskampfes. Sie räumte in der Märzrevolution mit den letzten Illusionen auf, die das moderne Proletariat in den ersten Stadien seiner revolutionären Entwicklung durchzumachen hat, und sie wurde nur von der geschichtlichen Bühne geworfen, um nach zehnjähriger Erholung von ihren schweren Wunden desto entschlossener, fertiger und klarer darauf zu erscheinen."

Die Arbeiterklasse braucht eine Kunst, die ihr eine Perspektive zeigt

Die Bourgeoisie verriet die Arbeiterklasse selbst um den Preis ihrer eigenen politischen Niederlage. Das zeigt die Aufführung deutlich. Was sie aber nicht zeigt, und darüber kann auch die ausgezeichnete Inszenierung nicht hinwegtäuschen, ist eben das, was Mehring feststellt. Es kann nicht genügen, "verschüttete Kampftraditionen freizulegen", die Kenntnis historischer Vorgänge beim Publikum zu vertiefen, ohne die revolutionäre Perspektive der Arbeiterklasse klar ins Blickfeld zu bringen. Sicher kannten die Arbeiter von Wien im Jahre 1848 das "Manifest der Kommunistischen Partei" nicht. Aber heute in einer Situation in der sich die Klassenkämpfe von neuem zuspitzen, muß gezeigt werden, daß und wie die Arbeiterklasse aus ihren Niederlagen gelernt hat, wie sie diese in späteren Klassenschlachten, in Siege zu verwandeln imstande war. Nur durch die selbständige Organisierung der Arbeiterklasse, durch die Schaffung einer revolutionären Partei als höchste Organisationsform kann die Ausbeuterherrschaft gestürzt werden.
Diese, schon 1848 (vor Ausbruch der Februarrevolution), aber gerade nach 1848 von Marx' und Engels' scharf herausgearbeitete Einsicht in den Gang der Geschichte haben uns die Leute von der "Theatermanufaktur" vorenthalten. So schrieben Marx und Engels in der "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850", wo sie die Lehren aus der Revolution von 1848 zogen: *"Während also die demokratische Partei, die Partei der Kleinbürgerschaft, sich in Deutschland immer mehr organisierte, verlor die Arbeiterpartei ihren einzigen Halt, blieb höchstens in einzelnen Lokalitäten zu lokalen Zwekken organisiert und geriet dadurch in der allgemeine Bewegung vollständig unter die Herrschaft und Leitung der kleinbürgerlichen Demokraten. Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden, die Selbstständigkeit der Arbeiter muß hergestellt werden" (Marx-Engels Studienausgabe, Fischer III, 90) und: "Statt sich abermals dazu herabzulassen, den bürgerlichen Demokraten, als beifallklatschender Chor zu dienen, müssen die Arbeiter, vor allem der Bund (1), dahin wirken, neben den offiziellen Demokraten eine selbstständige gheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden" (ebenda 94).*
Auf dem Haager Kongress der Internationale brachte Marx zur selben Frage eine Resolution ein, die angenommen wurde: *"In seinem Kampf gegen die kollektive Macht der besitzenden Klasse kann das Proletariat als Klasse nur handeln, indem es sich als besondere politische Partei konstituiert, gegenüber allen bisherigen von den besitzenden Klassen gebildete Parteien. Diese Konstituierung des Proletariats als politische Partei ist unerläßlich um den Sieg der sozialen Revolution und ihres Endzieles zu sichern: die Abschaffung der Klassen".*

So erschienen bei der "Theatermanufaktur" die Arbeiter stets in der Defensive, manche Szenen geraten geradezu zu Idyllen. Die Niederlage der Arbeiterklasse 1848 wird so in dieser Produktion unversehens zur entgültigen, weil nur die Niederlage gezeigt wird. Es muß vermutet werden, daß dies der Ausdruck dafür ist, daß die "Theatermanufaktur" gerade in dieser entscheidenden Frage keine politische Klarheit hat.

Das Primat der Politik gilt auch bei der Kunst

Es kann nicht darauf ankommen, wenn man seine Kunst in den Dienst der Revolution stellen will, den Lehrlingen, Gewerkschaftsmitgliedern, den Schülern und Studenten (vor denen die "Theatermanufaktur" vor allem auftreten will) ein Stück Geschichte vorzuspielen sondern darauf, die einzige reale Perspektive und die Bedingungen der Befreiung der Arbeiterklasse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln (also auch mit den Mitteln des Theaters) zu entwickeln. Dieser politischen Aufgabe müssen die ästetischen Ausdrucksformen untergeordnet sein.

Das wichtigste ist der Inhalt. In Fragen der Kunst müssen wir genauso vorgehen wie überall: wem dient das?

"Wir bestreiten nicht nur, daß es ein abstraktes, absolut unveränderliches politisches Kriterium gibt, sondern auch, daß es ein absolut unveränderliches künstlerisches Kriterium gibt; in jeder Klassengesellschaft hat jede Klasse ihre eigenen politischen und künstlerischen Kriterien. Aber in jeder Klassengesellschaft stellt jede Klasse immer das politische Kriterium an die erste und das künstlerische an die zweite Stelle.
Die Bourgeoisie verwirft stets Werke der proletarischen Literatur und Kunst, wie hoch auch ihre künstlerischen Qualitäten sein mögen. Auch das Proletariat muß die Werke der Literatur und Kunst vergangener Epochen v.a. auf ihre Einstellung zum Volk sowie darauf prüfen, ob sie in der Geschichte eine fortschrittliche Bedeutung hatten und demgemäß eine differenzierte Haltung ihnen gegenüber einnehmen. Manche politisch von Grund auf reaktionären Werke können gewissen Kunstwert besitzen. Je reaktionärer der Inhalt eines Werkes und je höher obendrein sein Kunstwert ist, desto stärker vermag es das Volk zu vergiften und umso entschiedener müssen wir es ablehnen. Die gemeinsame Besonderheit von Literatur und Kunst aller Ausbeuterklassen in der Periode ihres Niedergangs ist der Widerspruch zwischen ihrem reaktionären politischen Inhalt und ihrer künstlerischen Form.
Wir fordern jedoch die Einheit von Inhalt und Form, die Einheit von revolutionärem Inhalt und möglichst vollkommener künstlerischer Form. Kunstwerke denen es an Kunstwert mangelt, sind, wie fortschrittlich sie politisch auch sein mögen, kraftlos. Darum sind wir sowohl gegen Kunstwerke, die falsche politische Ansichten enthalten, als auch gegen die Tendenz des sogenannten Plakat- und Schlagwortstils, der nur richtige politische Ansichten ausdrückt, aber künstlerisch kraftlos ist. In Fragen der Literatur und Kunst müssen wir einen Zweifrontenkampf führen"
(Mao, Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst, Werke III, S.99/100)

Nur die politische Klarheit wird es zu klaren Aussagen auch auf dem Theaterpodium bringen. Zu ihr müssen sich die Schauspieler der "Theatermanufaktur" durchringen, wollen sie sich nicht nur in ihren fortschrittlichen Absichten von der üblichen Theaterszene unterscheiden, sondern ein Theater machen, das der Arbeiterklasse und dem Volk dient, indem es den Ausweg aus der kapitalistischen Barbarei zeigt.

P.St.



Arbeiterzug